Bezugspreis für November durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart). „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr). „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg. Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel, und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 1 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe — Donnerstag, den 24. November 1927 — 76. Jahrgang. Nr. 1206

Die Bekenntnisschule.

vdz **Berlin**, 23. Nov. **(Tel.)** Der Bildungsausschuß des Reichstags setzte am Mittwoch die Beratung des Reichsschulgesetzes bei den Absätzen 5—7 des § 4 (Bekenntnisschule) fort. Nach längerer Aussprache wurde ein deutschnationaler Antrag abgelehnt, wonach die Anstellung technischer Lehrer nur erfolgen soll, wenn die Beschaffung dieses Unterrichtes auf andere Weise nicht möglich ist. Annahme fand dagegen ein Antrag Dr. Runkel (DVp), wonach die Forderung konfessioneller Zugehörigkeit „sich nicht auf die im Wesentlichen für den technischen Unterricht angestellten oder anzustellenden Lehrkräfte bezieht". Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums wurde ein Antrag Rheinländer (Z) abgelehnt, wonach bei Anstellung von Lehrern an Bekenntnisschulen deren Vorbildung den Erfordernissen der Bekenntnisschule entsprechen solle. In der Gesamtabstimmung wurde der ganze § 4 der Bekenntnisschule mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Ergänzend ist noch mitzuteilen, daß zum § 4 auch ein sozialdemokratischer Antrag annahme fand, nach dem folgender Satz angefügt wird: Auch den Lehrern an den Bekenntnisschulen sind die verfassungsmäßigen Rechte des Artikels 136 und 149 Absatz 2 des Reichsverfassung gewährleistet. Zum Absatz 6 des § 4 beschloß der Ausschuß einstimmig, den Satz: „Die Eignung als Lehrer an der Bekenntnisschule wird allein nach der Zugehörigkeit des Lehrers zu der Bekenntnisgemeinschaft, für die die Schule errichtet ist, bestimmt", zu streichen.

Die Abstimmung über den § 5 (religionslose Schule) wurde auf Donnerstag vertagt.

*

Wie schwierig und langwierig die Verhandlungen im Bildungsausschuß sind, zeigt am besten die Tatsache, daß über die Frage „weltliche und Weltanschauungsschule" Meinungsverschiedenheiten bestehen, weil in der Reichsverfassung im Artikel 146 beide Arten erwähnt werden, während im späteren Artikel 149 nur von einer Art die Rede ist. Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, loyal der Verfassung gemäß beide Schulen zuzulassen, während von anderer Seite versucht wird, gegen die weltliche Schule Front zu machen. Das würde bedeuten, daß unter Umständen bei späteren Entscheidungen des Reichsgerichts die Verfassung als verletzt gekennzeichnet würde, was naturgemäß zu Weiterungen führen könnte.

Die Besoldungsreform.

vdz **Berlin** 23. Nov. **(Tel.)** Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich in der fortgesetzten Einzelberatung der Besoldungsordnung mit der Gruppe 7, die die Jahresgehälter 2350—3400 RM. umfaßt. Die bisherigen Beschlüsse sollen in einer besonderen Zusammenstellung festgelegt werden. Abg. Steinkopf (Soz.) empfahl allen Beamten der Assistenten-Laufbahn älterer Art Gelegenheit zur Ablegung der Obersekretärprüfung zu geben. Abg. Groß (Ztr.) beantragte namens der Regierungsparteien, überhaupt allen Sekretären die Möglichkeit zur Erlangung hervorgehobener Stellung zu verschaffen. Nachdem Abg. Torgler (Komm.) sich für die technischen Sekretäre eingesetzt und ein Regierungsvertreter die Stellung dieser Beamten erläutert hatte, forderte Abg. Lucke (W. V.), daß die Beamten der neuen Gruppe A 7 die Möglichkeit zum Übergang an die Gruppe A 4c erhalten. Namens der Regierungsparteien beantragte dann Abg. Groß (Ztr.), die Gruppen A 7 und A 6 im Endgehalt um 100 Mark zu erhöhen. Ministerialdirigent Weber erklärte, die Regierung müßte sich eine endgültige Stellungnahme bis zur Klärung der Gesamtwirkung der Beschlüsse vorbehalten.

Es folgte die Beratung der Ortsgruppe 6 die die Gehälter von 2400—3500 RM. umfaßt. Dabei beschäftigte sich die Sozialdemokraten, Kommunisten und die Deutsche Volkspartei wiederholt mit der Frage der Besserstellung der Beamten beim Kanalamt, während der Regierungsvertreter im einzelnen die Gründe für die gegenwärtige Einstufung darlegte. Abg. Allekotte (Z) fragte, warum man durch Abstufung der Gehälter nach der Leistung während des Uebergangsstadium z. B. die altbewährten Beamten bei der Post usw. um die Besserstellung bringen wolle. Abg. Steinkopf (S) sah eine Inkonsequenz in dieser Neuregelung, durch die früher gut gestellte Beamte nun im Gehalt getrennt werden würden. Der Stellvertreter des Sparkommissars erklärte, die Prüfung der Postverwaltung habe erst begonnen. Sie werde sicherlich auch Folgen auf personellem Gebiet haben. Darauf wurde diese Gruppe ebenso wie auch die Gruppe 5 nach unwesentlicher Aussprache genehmigt.

Es folgte Gruppe 4c, die Gehälter von 2800—4200 RM. vorsieht. Zwischendurch beschloß der Ausschuß auf Anregung des Altestenrats auch am Sonntag eine Sitzung abzuhalten. Abg. Groß (Z) begründete dann eine Entschließung der Regierungsparteien, bei der Zulassung von Sekretären zur Sonderprüfung entstandene Härten auszugleichen. Die Regierung erklärte sich zur Erfüllung dieses Wunsches bereit, allerdings nur im Rahmen der bisherigen Verfügung des Finanzministers. Abg. Lucke (WP) wonte das Endgehalt der Gruppe A 4c auf 4400 Mark erhöhen und alle bisher angenommenen Zivilanwärter zur Sonderprüfung zulassen. Abg. Steinkopf (S) wünschte die ganze Gruppe zu streichen und sie mit der Gruppe A 4b mit Gehältern von 2800—4200 Mark zu vereinigen. Abg. Schuldt-Steglitz (D) beantragte, daß Endgehalt A 4c auf 4400 Mark zu erhöhen.

Darauf wurde die Beratung unterbrochen, um die seit Gruppe 8 rückständigen Abstimmungen vorzunehmen. Unter Ablehnung der anderen Anträge wird der Antrag der Regierungsparteien angenommen, daß bei Aufstellung des Haushaltsplans durch Umwandlung von Planstellen in der Besoldungsgruppe A 8 in solche von A 7 die Beförderungsmöglichkeit der Assistenten verbessert werde. In dieser Form wird die Gruppe A 8 genehmigt. Auch bei den anderen bereits beratenen Gruppen werden die Anträge der Regierungsparteien angenommen z. B. A 6 im Endgehalt um 100 Mark auf 3500 bezw. 3600 Mark zu erhöhen. Die anderen Anträge werden dagegen abgelehnt. Sodann wurde die Beratung der Gruppe A 4c fortgesetzt. Weiterberatung Donnerstag.

Die Deutsche Reichsbahn und die Besoldungsreform.

w **Berlin**, 23. Nov. **(Tel.)** Unter Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Koch fand heute zwischen einer Anzahl von Reichstagsabgeordneten und dem Generaldirektor Dr. Dorpmöller nebst den leitenden Persönlichkeiten der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine Aussprache statt. Dabei wurde die augenblickliche und die für 1928 zu erwartende finanzielle Lage der Deutschen Reichsbahn in Verbindung mit der Besoldungsreform eingehend erörtert.

Strafrechtsausschuß des Reichstages.

vdz **Berlin**, 23. Nov. **(Tel.)** Im Reichstagsausschuß für Strafrechtsreform wurde heute mit überwiegender Mehrheit der § 51 angenommen, nach dem das Gericht, wenn es das Gesetz vorsieht, dem Verletzten und dem, auf dessen Verlangen die Strafverfolgung eingetreten ist, gestatten kann, die Verurteilung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekannt zu machen. Umfang und Art der Veröffentlichung werden in der Entscheidung bestimmt. Von der Befugnis zur Bekanntmachung muß innerhalb eines Monats Gebrauch gemacht werden. Paragraph 52 des Entwurfs sieht die Einziehung von Sachen und anderen Vermögensteilen vor, die zur Begehung einer strafbaren Handlung gebraucht oder durch eine Strafbare Handlung hervorgebracht worden sind. Gehören sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer, so können sie nur eingezogen werden, wenn es das Gesetz ausdrücklich vorsieht. Abg. Koehnen (K) beantragte Streichung dieses Paragraphen, weil Künstler durch die Einziehung ihrer nur einmal vorhandenen Schöpfungen schwere Verluste erleiden würden. Abg. Dr. Rosenfeld (S) befürchtete die Einziehung von Streikkassen der Gewerkschaften. Abg Dr. Schetter (Z) glaubte, daß kein Richter die Bestimmung so auslegen könne, daß Streikkassen zur Begehung strafbarer Handlungen angesammelt würden. Ministerialdirektor Bumke wies darauf hin, daß die einzuziehenden Sachen dem Täter selbst gehören. Wenn also einzelne Streikende strafbare Handlungen begingen, könnten nicht die Vermögenswerte der Gewerkschaften der Einziehung verfallen. Auch werde die Voraussetzung, daß die Gelder zu Begehung der Straftat bestimmt gewesen seien, nicht gegeben sein. Abg. Dr. Rosenfeld (S) befürchtete die Einziehung von Streikkassen der Gewerkschaften. Abg Dr. Schetter (Z) glaubte, daß kein Richter die Bestimmung so auslegen könne, daß Streikkassen zur Begehung strafbarer Handlungen angesammelt würden. Ministerialdirektor Bumke wies darauf hin, daß die einzuziehenden Sachen dem Täter selbst gehören. Wenn also einzelne Streikende strafbare Handlungen begingen, könnten nicht die Vermögenswerte der Gewerkschaften der Einziehung verfallen. Auch werde die Voraussetzung, daß die Gelder zu Begehung der Straftat bestimmt gewesen seien, nicht gegeben sein. Abg. Dr. Rosenfeld (S) gab sich damit nicht zufrieden, er meinte, daß namentlich bei wilden Streiks die Gefahr der Einziehung groß sein werde. Abg. Koehnen (K) verwies auf die Einziehung einer Eisenbahner Streikkasse im vorigen Jahre. Abg. Wunderlich (DVp) machte darauf aufmerksam, daß ein Gewerkschaftsmitglied keinen Anteil am Gesellschaftsvermögen habe. Es bestehe also kein Zusammenhang zwischen seiner Straftat und dem Vermögen der Gewerkschaft. Schließlich wurde § 52 unter Ablehnung kommunistischer und sozialdemokratischer Anträge im Wortlaut der Regierungsvorlage angenommen. Ohne wesentliche Änderungen wurden die §§ 53 und 54 angenommen, die die Bestimmungen über die Einziehung enthalten. Weiterberatung Donnerstag.

Handelsabkommen vor dem Reichstage.

Das deutsch-französische Handelsabkommen in dritter Lesung angenommen. — Die erste Beratung des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit Jugoslawien. — Um die Erhöhung des Maiszolles.

pd **Berlin**, 23. November. **(Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 16 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

dritte Beratung des deutsch-französischen Handelsabkommens.

Abg. **Kling** (Bayer. Bauernbund) gibt eine Erklärung ab, wonach seine Freunde gegen den Vertrag stimmen würden, da wichtige Interessen der Landwirtschaft nicht berücksichtigt worden seien.

Abg. **von Graefe** (Völk.) lehnt den Vertrag gleichfalls ab.

Das Handelsabkommen wird darauf in dritter Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten, der Völkischen, der Nationalsozialisten und des Bayerischen Bauernbundes angenommen.

Auch das deutsch-tschechoslowakische Abkommen über die Regelung der Grenzverhältnisse im Hultschiner Ländchen wird endgültig verabschiedet.

Es folgt die erste Beratung des

Handels- und Schiffahrtsvertrages mit Jugoslawien.

Abg. **Müller**-Franken (Soz.) beantragt Aussetzung der Verhandlungen, bis der Außenminister und der Reichsernährungsminister erschienen seien.

Für den Antrag stimmen Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und die Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes. Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt, muß Auszählung erfolgen. Während der Auszählung erscheint Reichsernährungsminister Schiele und wird mit heiteren Zurufen begrüßt.

Die Auszählung ergibt die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages mit 155 gegen 123 Stimmen.

In der Aussprache wendet sich

Abg. Frau **Sender** (Soz.) gegen die mit dem Handelsvertrag verbundene Zollerhöhung für Industriemais. Schon der schwedische Vertrag im vorigen Jahre sei benutzt worden, um auf Schleichwegen eine Erhöhung der Lebensmittelzölle durchzusetzen. Darin komme der reaktionäre Kurs der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck. Die Zollerhöhung diene lediglich dem Kampf der Kartoffelstärkefabriken gegen die Konkurrenz der Maisstärkefabriken. Da Maisstärke hauptsächlich für Kinder- und Krankennährmittel gebraucht werde, bringe die Zollerhöhung also eine Verteuerung der Ernährung. Die Rednerin weist darauf hin, daß die Säuglingssterblichkeit in Deutschland mit am höchsten unter allen europäischen Ländern sei und daß wir allen Anlaß hätten die Nahrungsmittel für Kinder zu verbilligen. Der Erhöhung des Maiszolles fehle jede sachliche Begründung. Um so peinlicher wäre die persönliche Sache, da Reichsernährungsminister Schiele an den Kartoffelstärkefabriken beteiligt sei. Kaum je zuvor seien persönliche Interessen mit der Politik so verquickt worden wie hier. Wenn man schon bei einem Abgeordneten diese Vermengung von Politik und Geschäft ablehnen müsse, so sei sie bei einem Minister unerträglich.

Reichsernährungsminister Schiele geht auf die Vorwürfe der sozialdemokratischen Rednerin ein und stellt fest, daß er seit 1920 an der Kartoffelstärkefabrik Schollehne nicht mehr unmittelbar beteiligt sei. Diese Fabrik sei im Jahre 1920 in den Besitz der Scholten A.-G. übergegangen. Dafür hätten die Gesellschafter, auch er, ihre entsprechenden Anteile in Gestalt von Aktien empfangen. Die Scholten-A.-G. habe zwar früher ausschließlich Kartoffelstärke fabriziert, sei aber seit Jahren und zwar infolge Mangels an Kartoffeln in ihrer Hauptfabrik in Brandenburg im wesentlichen zur Maisstärkefabrikation übergegangen. (Zurufe links: Und die anderen Fabriken?) Diese arbeiten natürlich noch mit Kartoffelstärke. (Zurufe links: Na also!) Das Interesse der Scholten-A.-G. an der Maisstärkefabrikation sei noch dadurch besonders stark in den Vordergrund gerückt, daß die Maizena, die in Deutschland führende Fabrik, die Mehrheit des Aktienkapitals der Scholten-A.-G. besitze. Der Minister betont, daß die Beteiligung an einer Kartoffelstärkefabrik kaum einen Anhalt dafür biete, ihn zu einem Eintreten für die Maiszollerhöhung zu veranlassen. Mit gleichem Recht könne man ihm vorwerfen, daß er 20 Kühe im Stalle halte, daß er Getreide baue usw. Er sei verpflichtet, für die nationalen Interessen einzutreten und sei angesichts seiner 20jährigen Erfahrungen besonders befähigt, mit Verständnis diese Dinge zu behandeln. Die Dinge lägen praktisch genau umgekehrt, als sie von der Vorrednerin vorgetragen worden sind. Er glaube die angeblich so welterschütternden Beweismittel, die die Abgeordnete Sender für seine angebliche Korruption vorbringen zu können glaubte, durch seine Darstellung entkräftet zu haben. (Sehr richtig rechts.) Der Minister wandte sich dann der grundsätzlichen Seite des Problems der Kartoffelstärkeproduktion zu und erklärte, daß es sich dabei um eine Frage von nationalwirtschaftlichem Interesse, besonders hinsichtlich des deutschen Ostens handele. Die Frage sei, ob man in Deutschland für die deutschen Kartoffelstärkeprodukte Absatzgebiete habe oder nicht. Gerade gegenüber dieser Frage der Kartoffelstärkeproduktion verliere das Problem der Ernährung mit Kinderbrei an Bedeutung. Es gelte, möglichst viel Kartoffeln einmal durch den Viehmarkt und zum anderen gewerblich zu verwenden. Der Minister betont, daß die geringe Maiszollerhöhung gegenüber den Möglichkeiten auf dem Gebiete der Maisstärkefabrikation keine untragbare Belastung darstelle. In der nur sehr bescheidenen Zollerhöhung liege schon ein nicht unbedeutendes Entgegenkommen. Im übrigen käme die Erhöhung in erster Linie den bäuerlichen Betrieben zugute, da nur 16 Prozent unserer gesamten Kartoffelernte von Flächen über 200 Hektar stammen. Der Minister bezeichnet zum Schluß als Endziel seiner Bestrebungen die Hebung und Förderung des Kartoffelabsatzes, die Schaffung der dringend notwendigen Festigungsgrundlagen für die Kartoffelstärkeindustrie, die Beschäftigung des Arbeiters auf nationalem Boden und im nationalen Gewerbe durch Intensivierung des Kartoffelbaues sowie die Besserung unserer Handelsbilanz.

Abg. **Hörnle** (K) betont, daß seine Fraktion nicht nur dem Minister Schiele, sondern der gesamten Bürgerblockregierung wegen ihrer Zollpolitik schärfstes Mißtrauen entgegenbringe. Die Verquickung von Privatinteressen und Wirtschaftspolitik sei ein stinkendes Merkzeichen der Bürgerlichen Politik.

Abg. **Borrmann** (WP) erklärte, bei der heutigen Kurzlebigkeit der Minister könne man unmöglich verlangen, daß sie Beteiligungen zu Beginn ihrer Tätigkeit nun sofort zu jedem Preis abstoßen. Andererseits müsse man aber feststellen, daß die Interessen der Landwirtschaft hier vom Minister sehr einseitig wahrgenommen würden.

Abg. **Frau Sender** (S) erwiderte dem Minister, er habe im wesentlichen ihre Angaben bestätigt. Hier zeige sich wieder, wie bedenklich es sei, wenn Reichsminister neben ihrem Amt persönliche Geschäftsinteressen haben.

Abg. **Schmidt**-Köpenick (S) bestreitet, daß die Landwirtschaft mit Verlust arbeite.

Das Handelsabkommen wird dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 14 Uhr. Telegraphengesetz, Auslieferungsgesetz, Gesetzentwurf über den Reichswirtschaftsrat.) Schluß 18¼ Uhr.

Eine Sitzung des Reichskabinetts.

w **Berlin**, 23. Nov. **(Tel)** Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat das Reichskabinett heute nachmittag eine Sitzung abgehalten, die sich in erster Linie mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte. Die Frage des Reichsehrenmals ist entgegen anders lautenden Ankündigungen noch nicht zur Sprache gekommen. Das Kabinett hat auch noch keinen Beschluß über die Ernennung des deutschen Delegationsführers für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen gefaßt, es ist anzunehmen, daß dieser Beschluß morgen erfolgen wird.

Erklärungen Dr. von Jackowskis.

b **Berlin**, 23. Nov. **(Tel.)** Der polnische Sonderdelegierte von Jackowski, der heute abend Berlin wieder verlassen hat, gab kurz vor seiner Abreise einem Vertreter der „Vossischen Zeitung" eine Darlegung über seine Besprechungen mit Dr. Stresemann, in der er nach einem Hinweis auf die günstigen Ergebnisse dieser Besprechung erklärte: „Es wurde mir während meines Aufenthaltes in Berlin in äußerst liebenswürdiger Weise die Gelegenheit geboten, einen Meinungsaustausch mit führenden Persönlichkeiten des deutschen politischen und Wirtschaftslebens durchzuführen. Ich habe dabei mit Genugtuung die während der Unterredungen mit Herrn Stresemann gewonnene Ueberzeugung verstärken können, daß man auch auf deutscher Seite bestrebt ist, eine Regelung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen, welche die Grundlage zu einem intensiven Warenaustausch zwischen beiden Ländern bilden könnte."

Infolge einer Pressepolemik fand im Fürstenpark in Paris zwischen dem bekannten Rechtsanwalt und Publizisten Paul de Cassagnac und dem „Figaro"-Redakteur Gilbert Charles ein Duell statt. Im ersten Gang erhielt Gilbert Charles einen Stich in die Brust, so daß der Kampf ein Ende fand.

Deutsches Reich

Zum Unfall Dr. Wirths.

s **Berlin**, 23. Nov. **(Eig. Bericht.)** Zu dem bereits berichteten Unfall Dr. Wirths erfahren wir noch, daß es Dr. Wirth verhältnismäßig gut geht und er frei von Fieber ist. Die Röntgenaufnahme hat aber leider das Ergebnis gezeitigt, daß der Armgebrochen ist.

Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstages.

vdz **Berlin**, 23. Nov. **(Tel)** Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstages setzte die Debatte über die Heilbehandlung fort. Er vertagt die endgültige Beschlußfassung über die Ersatzpflicht des Reiches gegenüber den Krankenkassen für Heilbehandlung Kriegsverletzter bis zur zweiten Lesung, ebenso die geplanten Verbesserungen der orthopädischen Versorgung. Zu sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen, den Kriegerhinterbliebenen gesetzlichen Anspruch auf Heilbehandlung auf Reichskosten zu gewähren, äußerte ein Regierungsvertreter lebhafte Bedenken. Die Regierung entlaste schon die Fürsorgestellen durch Gewährung von Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen Auch in dieser Frage soll in der zweiten Lesung eine für die Kriegerhinterbliebenen günstigere Regelung getroffen werden.

Ein neuer Staatspräsident für Baden.

+ **Karlsruhe**, 23. Nov. Der badische Landtag trat heute wieder zusammen und eröffnete die Landtagssession 1927-28. Sofort nach Beginn der Sitzung wurde zur Wahl des Präsidiums geschritten, das sich in der bisherigen Weise wieder zusammensetzt aus dem Präsidenten Dr. Baumgartner (Z), dem ersten Vizepräsidenten Abgeordneten Maier-Heidelberg und dem zweiten Vizepräsidenten Abgeordneten von Au (WV).

In der Nachmittagssitzung wurde der sozialdemokratische Innenminister Dr. Remmele mit 48 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. 22 Stimmzettel waren unbeschrieben. Zum stellvertretenden Staatspräsidenten wurde Finanzminister Dr. Schmitt (Z) mit 49 Stimmen gewählt Zwischen den Regierungsparteien besteht bekanntlich eine Vereinbarung, wonach der Vorsitz im Staatsministerium alljährlich unter den Ministern der Koalitionsparteien wechselt. Dr. Remmele hatte das Staatspräsidentenamt bereits im Jahre 1923 inne. Die Bürgerliche Vereinigung hatte vor der Wahl erklären lassen, daß sie sich der Stimme enthalten werde. Die Kommunisten gaben eine Mißtrauenserklärung gegen die Regierung ab.

Eine Entscheidung Calonders zur Minderheitsschulfrage.

w **Kattowitz**, 23. Nov. **(Tel.)** Der Präsident der Gemischten Kommission, Calonder, hat in der Frage der Nichterrichtung einer Minderheitsschule in Giraltowitz eine Entscheidung getroffen. Von 44 Anträgen auf Errichtung der deutschen Minderheitsschule in Giraltowitz hatte die Wojewodschaft nur vier Anträge für gültig erklärt, da die 44 Antragsteller zumeist beide Sprachen, deutsch und polnisch, als ihre Muttersprache angegeben hatten. Calonder stellte fest, daß dieses Verfahren als ein Versuch zu betrachten sei, einen Druck auf die deutsche Minderheit auszuüben, die ohnehin schon durch die polnischen Behörden einem schweren Kampf ausgesetzt sei. Ferner erblickt der Präsident aber auch eine Beeinflussung im Sinne des Artikels 106 der Genfer Konvention und bestimmt, daß die Minderheitsschule in Giraltowitz unverzüglich zu eröffnen sei. Calonder stellt sich auf den grundsätzlichen Standpunkt, daß bei der Anmeldung zu Minderheitsschulen lediglich die subjektive Erklärung des Erziehungsberechtigten erforderlich sei.

Die Strafverfahren wegen Vergehen gegen das Futtermittelgesetz.

Der preußische Justizminister hat zugleich im Namen des Landwirtschaftsministers, des Ministers für Handel und Gewerbe und des Innenministers, dem Staatsrat den Entwurf einer gemeinschaftlichen Verfügung zur Ausführung des § 15 des Futtermittelgesetzes vorgelegt. Aus der Verfügung, die vor allem bezweckt, eine Schädigung des Handelsgewerbes durch unbegründete Strafverfolgungen zu verhüten, teilt der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mit:

Nach § 15 des Futtermittelgesetzes sollen, wenn in einem auf Grund der §§ 12 bis 14 des Gesetzes eingeleiteten Strafverfahren Zweifel über Fragen fachlicher Art bestehen, hierüber in einem möglichst frühen Abschnitt des Verfahrens Sachverständige des Handels und der Landwirtschaft gehört werden.

Die Landgerichtspräsidenten haben gemäß § 15 Satz 2 des Gesetzes den Gerichten oder Strafverfolgungs-Behörden ihres Bezirks geeignete Sachverständige namhaft zu machen. Sie tragen zu diesem Zwecke die Sachverständigen in eine für den Gebrauch der Gerichte und Strafverfolgungs-Behörden bestimmte Liste ein. In die Liste sind in der Regel nur solche Personen aufzunehmen, die gemeinschaftlich von den örtlich zuständigen Landwirtschaftskammern und Industrie- und Handelskammern vorgeschlagen werden. Für die Vorschläge werden in erster Linie die mit der Futtermittel-Untersuchung betrauten wissenschaftlichen Beamten (Angestellten) der staatlichen oder unter öffentlicher Aufsicht stehenden Kontroll-(Versuchs-)Stationen oder vereidigte Handelschemiker, ferner sachkundige Leiter (Inhaber) von Handelsfirmen, leitende Angestellte von landwirtschaftlichen Genossenschaften und Landwirte, in Frage kommen. Bei der Auswahl von Sachverständigen aus den Kreisen des Handels und der Landwirtschaft wird insbesondere darauf zu achten sein, daß sie über längere Erfahrung auf dem Gebiete des Handels mit Futtermitteln verfügen. Die Heranziehung anderer als der in die Liste aufgenommenen Sachverständigen (z. B. in Fällen, in denen die Vernehmung von Sachverständigen mit Fachkenntnis notwendig erscheint), wird durch das Gesetz nicht ausgeschlossen.

Angesichts der Neuheit der in dem Futtermittelgesetz getroffenen Regelung werden die Strafverfolgungsbehörden Anzeigen wegen Verletzung der Vorschriften dieses Gesetzes mit besonderer Sorgfalt zu prüfen haben, um eine Schädigung des Handelsgewerbes durch unbegründete Strafverfolgungen zu verhüten.

England und die Seeabrüstung

w **London**, 23. Nov. **(Tel.)** Auf eine Anfrage betreffend den Beschluß der Regierung, zwei neue Kreuzer, deren Herstellung dieses Jahr begonnen werden sollte, nicht zum Bau aufzulegen, erklärte der erste Lord der Admiralität Bridgeman: Die Genfer Konferenz habe zwar die britischen Vorschläge für die zahlenmäßige Beschränkung der Kreuzer von der 10 000 Tonnen-Klasse nicht angenommen, aber die Verhandlungen hätten die Hoffnung aufkommen lassen, diese Beschränkung könne doch erwerden. Daher wünsche die Regierung nicht, diese großen 10 000 Tonnen-Kreuzer jetzt zum Bau aufzulegen.

Der Wortlaut der arbeiterparteilichen Entschließung gegen das Kab.nett Baldwin.

tu **London**, 23. Nov. **(Tel.)** Die morgige Friedens- und Abrüstungsdebatte im Unterhaus wird durch eine von Macdonald begründete Entschließung der Arbeiterpartei eingeleitet werden, die folgenden Wortlaut hat: „Das Haus bedauert die mangelnde Vorbereitung der Regierung für die Genfer Flottenabrüstungskonferenz und den militärischen Charakter der britischen Delegation für diese Konferenz, der in ernstem Maße zu dem Fehlschlag dieser Konferenz beitrug, den langsamen Fortschritt der vom Völkerbund eingesetzten vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz und die Ablehnung der britischen Regierung, die Prinzipien der Schiedsgerichtsbarkeit anzunehmen sowie ein durch den Völkerbund garantiertes Schema für die internationale Sicherheit vorzulegen."

Vertrauensvotum für die französische Regierung.

w **Paris**, 23. Nov. **(Tel.)** Die Kammer lehnte mit 371 : 150 Stimmen den Antrag des Marineausschusses ab, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß mit unbeschränkten Vollmachten einzusetzen, zur Untersuchung der Zwischenfälle im Marinegefängnis in Toulon und auf dem Kreuzer „Ernest Renan". Die Regierung hatte die Vertrauensfrage gestellt Für den Antrag des Ausschusses stimmten nur die Kommunisten, die Sozialisten und einige Radikale. Der Marineminister erklärte, durch einen an Ort und Stelle entstandten höheren Beamten sei festgestellt worden, daß die Zwischenfälle auf kommunistische Propaganda zurückzuführen seien.

Der ungarisch-rumänische Optantenkonflikt.

Ungarn lehnt die Vorschläge des Völkerbundes ab.

tu **Genf**, 23. Nov. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat soeben vor dem ständigen Delegierten Ungarns beim Völkerbund, Baranyai, ein Schreiben erhalten, in dem dieser im Auftrage seiner Regierung dem Generalsekretär zur Kenntnis bringt, daß die ungarische Regierung sich nicht in der Lage sehe, die vom Völkerbundsrat als Grundlage für eine Einigung mit der rumänischen Regierung in der Optantenfrage vorgeschlagenen Grundsätze anzuerkennen. Die ungarische Regierung werde in der nächsten Woche eine ins einzelne gehende Begründung ihres Standpunktes dem Völkerbundsrat übermitteln. Um jedoch eine Einigung auf einer anderen Grundlage zu ermöglichen, habe die ungarische Regierung in dieser Frage der rumänischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, der auf eine praktische Lösung des Streitfalles hinziele. Die ungarische Regierung sei jedoch bisher noch nicht im Besitze einer Antwort der rumänischen Regierung auf diesen Vorschlag. Eine Reihe von Anzeichen ließen jedoch nicht darauf schließen, daß der Vorschlag der ungarischen Regierung von der rumänischen Regierung als Basis einer Einigung angesehen werden würde.

Zu der Vorgeschichte des rumänisch-ungarischen Optantenstreits ist zu bemerken, daß die letzten Völkerbundsvorschläge zur Beilegung des Streits dahingingen, die rumänische und die ungarische Regierung sollten noch einmal die Sachlage prüfen und sodann der Dezember-Tagung des Völkerbundsrates ihre Stellungnahme mitteilen. Die Ablehnung dieser Vorschläge gehe darauf hinaus, daß Ungarn nach wie vor die sofort ge Entscheidung des Streitfalls seitens des im Friedensvertrag von Trianon vorgesehenen rumänisch-ungarischen Schiedsgerichts verlangt. Rumänien hat e aber seinen Vertreter aus diesem Gerichtshof zurückgezogen, da es der Ansicht ist, daß dieser im Optantenkonflikt nicht zuständig ist.

Der preußische Polizeipräsident in Berlin hat das Verbot der Zeitschrift der „Deutschen Treue" auf 3 Wochen beschränkt, nachdem der verantwortliche Schriftleiter und Verleger Major v. Sodenstern mündlich und schriftlich sein Bedauern über den beanstandeten Artikel ausgedrückt und versprochen hat, das künftig derartige Entgleisungen nicht vorkommen werden.

Die Halle „Münsterland“ mit 30:15 Stimmen bewilligt.

Eine Erklärung des Oberbürgermeisters — Die Stellungnahme der Fraktionen. — Eine erfreuliche Mitteilung.

Münster, 23. November

Die Würfel sind gefallen! Die Einsicht hat gesiegt! So könnte man den Bericht über die gestrige Sitzung der Stadtverordneten, in der als Hauptpunkt die zweite Lesung des Etats der Halle Münsterland auf der Tagesordnung stand, trefflich überschreiben. Wer große Sensationen erwartet hatte — die überfüllte Zuhörertribüne ließ darauf schließen, daß es viele waren — kam nicht auf seine Rechnung. Die Sitzung begann — wie immer — mit erheblicher Verspätung. Verschiedene kleinere Vorlagen wurden debattelos erledigt oder vertagt. Eine gewisse Kampfstimmung brachte erst Herr Engberding ins Parlament, als er zum dritten Punkt (Übernahme von Vorgärten und übliche Baukostenleistung) in gereiztem Ton erklärte, die Finanzlage der Stadt Münster sei so trostlos, daß man die kleinste Ausgabe wohl überlegen müsse. Er kündigte ein ausführliches Exposé an, in dem er mit schonungsloser Offenheit die finanzielle Kalamität Münsters darlegen wollte. Als die Mehrheit des Kollegiums einem Vertagungsantrag des Herrn Engberding nicht zustimmte, war die Luft gewissermaßen mit Explosionsstoff geladen. Das mochte der Stadtv.-Vorsteher auch fühlen, als er zu Beginn der Debatte über die Münsterlandhalle an die Versammlung das Ersuchen richtete die Aussprache in sachlicher Form zu führen und vor allen Dingen persönliche Schärfen zu vermeiden. Er betonte mit Recht, daß es um das Ansehen und die Würde des Kollegiums gehe und die Öffentlichkeit bis weit in die Provinz hinein auf die Entscheidung warte. Sei es nun, daß diese Worte der Anlaß waren oder sei es, daß in der letzten Sitzung das meiste Pulver verschossen war, — die Debatte war fast trocken und ledern. Zuerst kam eine Magistratserklärung zur Verlesung, worin das inkorrekte Vorgehen zugegeben, mißbilligt und Besserung versprochen wurde. Der Oberbürgermeister bändigte gleichfalls sein Temperament in einer wohlformulierten Erklärung, deren Sinn in der Richtung der Magistratsäußerung lag. Dann kamen die Fraktionsführer zu Wort. Professor Kahle stellte für das Zentrum die präzise Frage: Stellt sich der Oberbürgermeister mit seiner etwas verklausulierten Erklärung auf den Boden der Magistratserklärung? Darauf antwortete Dr. Sperlich mit einem klaren Ja. Damit war — wie Professor Kahle dann treffend sagte — die Situation erheblich geklärt. Und er konnte zwar unter Mißbilligung des eigenmächtigen Verhaltens des Oberbürgermeisters die Zustimmung des Zentrums zur Vorlage in Aussicht stellen. Die Bürg. Arb.-Gem. dagegen ließ durch Herrn Oberg kundtun, daß sie auf keinen Fall zustimmen würde. In seiner scharf-zugespitzten Erklärung bekam auch noch die Presse, die sich für die Liquidierung des Hallenstreits eingesetzt hatte, einen Seitenhieb. Die Mittelstandsvereinigung lehnte gleichfalls ab, die Wirtschaftspartei stimmte zu — verlangte aber, daß man die städtische Finanzverwaltung in Zukunft genauer kontrolliere. Das Zentrum konnte sich diesem Verlangen ruhig anschließen, da es in der Linie seiner Politik lag, und infolgedessen die vorgeschlagene Entschließung als geeignete Kompromißformel akzeptieren. Als letzter Redner erklärte Stadtv. Peters für die Sozialdemokraten, daß sie der Vorlage zustimmen würden. Seine humorgespickte Rede war im wesentlichen eine Polemik gegen den Stadtv. Engberding und dessen Fraktion, deren Stellungnahme nach seiner Ansicht keineswegs gradlinig sei — wie sie es behauptet habe — sondern erhebliche Kurven aufweise. Nach dieser ersten Rednergarnitur kam es noch zu kleineren Plänkeleien. Ohne daß noch wesentliche Gesichtspunkte zur Sprache kamen — wie sollte das auch nach so ausgiebiger Behandlung möglich gewesen sein? — kam es zur Abstimmung, die, wie an anderer Stelle ausführlicher berichtet wird, eine Mehrheit von 30 gegen 15 Stimmen für die Vorlage ergab. Damit war der Etat der Münsterlandhalle, um den seit Monaten eine heftige Debatte in der Öffentlichkeit geführt wurde, glücklich genehmigt. vk.

*

Der Sitzungsbericht.

Anwesend vom Kollegium 45 Mitglieder, vom Magistrat Oberbürgermeister Dr. Sperlich, Bürgermeister Schlunstein, Generaldirektor Tormin, Beigeordneter Dr. Fulda, Stadtbaurat Schirmeyer und als unbesoldetes Magistratsmitglied Stadtrat Deckwitz.

Stadtv.-Vorsteher **Humperdinck** eröffnet um 6,20 Uhr die Sitzung und teilt mit, daß Herr Jserloh von der Finanzkommission zurückgetreten und Herr Schulz wieder eingetreten ist. Ebenso ist Herr Schulz anstelle von Herrn Groß in die Baukommission eingetreten.

Der Beigeordnete Berckenberg in Duisburg bittet um Genehmigung des endgültigen Austritts aus den Diensten der Stadt Münster, die inzwischen erfolgt ist. Das Kollegium nimmt das Schreiben zur Kenntnis.

Der erste Punkt der Tagesordnung, der die Neuwahl eines Mitgliedes des Sparkassenvorstandes betrifft, wird vertagt. Bei dem zweiten Punkt „Neuwahl der Sachverständigen auf Grund des Ortsstatuts vom 11. Februar 1892“ erfolgt Wiederwahl.

Bewilligung von Mitteln für die Landesplanung Münsterland.

Die Stadt Münster hat sich, wie seinerzeit mitgeteilt wurde, auf Anregung des Herrn Landeshauptmanns und des Herrn Regierungspräsidenten mit sämtlichen anderen Stadt- und Landkreisen, welche zwischen der nördlichen Grenze des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und Münster liegen, zu einer Organisation „Landesplanung Münsterland“ zusammengeschlossen. Als dringlichste Aufgabe hat diese Organisation die Aufstellung von Fluchtlinienplänen für die großen durchgehenden Straßenzüge, insbesondere in der Richtung vom Industriebezirk auf Münster zu und für die notwendigen Umgehungsstraßen der Städte und Dörfer in Angriff genommen. Die Gesamtkosten dieser Arbeit, welche von der Provinzialverwaltung übernommen ist, betragen 40 000 Mk. für rd. 846 Klm Durchgangs- und Umgehungsstraßen. Die Provinz übernimmt hiervon 20 000 Mk. Die restlichen 20 000 Mark sind von den beteiligten Kreisen und Städten aufzubringen, und zwar entfallen nach dem beschlossenen Verteilungsschlüssel auf Münster-Stadt 2925 Mk., Münster-Land 2005 Mk., Kreis Coesfeld 3045 Mk., Kreis Lüdinghausen 3440 Mk., Kreis Beckum 3592 Mk., Kreis Borken 3708 Mk., Stadt Bocholt 1485 Mk.

Die Stadtverwaltung bittet, den auf Münster entfallenden Betrag von 2925 Mk. aus Abschnitt J des Haushaltsplanes „zur Verfügung der städtischen Körperschaften“ bewilligen zu wollen. Auf diesen Titel sind bis jetzt beschlossen: 13 500 Mk.

Stadtv. **Oberg** schlägt namens der Rechnungskommission Annahme vor.

Stadtv. **Peus** (Ztr.) fragt an, wie es mit dem oft angeregten Bebauungsplan der Stadt Münster sei. Es könne auf die Dauer nicht angehen, stückweise mit der Bebauung vorzugehen, und wünscht, daß einem vollständigen Bebauungsplan der Stadt Münster näher getreten wird.

Darauf gibt das Kollegium zu der Vorlage seine Zustimmung.

Erwerb einer Vorgartenfläche am Bohlweg und der Warendorfer Straße.

Der Versammlung liegen Angebote des Kaufmanns Bernhard Focke, Inhaber der Firma Focke u. Co., vom 15. März 1927 und 29. September 1927 vor, worin er der Stadt die Vorgartenflächen, die vor seinen Grundstücken am Bohlweg und der Warendorfer Straße liegen, ohne Barzahlung anbietet. Die Ausführung der Arbeiten für die Freilegung, Pflasterung usw. werden insgesamt 7500 Mark erfordern.

Stadtv. Heger (AG.) begrüßt es mit besonderer Genugtuung, daß ein Besitzer seine Vorgartenflächen im Interesse der Stadt zur Freilegung von Bürgersteigen kostenlos hergibt und empfiehlt namens der Rechnungskommission Annahme der Vorlage.

Stadtv. Engberding (AG.) beantragt Zurückstellung der Position bis zu dem Punkte, in dem ein Antrag zur Einrichtung einer Sparkommission vorliegt. Bei diesem Punkte würde dem Kollegium klar gemacht werden, wie die Finanzlage sei. Die 7500 Mk bittet er nicht zu bewilligen, ebenso wie er Protest erhebt gegen jede Bewilligung. Er gibt anheim, den vorerwähnten Punkt in die geheime Sitzung zu verlegen, da er über die Finanzlage Münsters sprechen werde.

Stadtv. **Rafroth** (WP.) ist gegen den Antrag auf Zurückstellung.

Der Antrag Engberding findet Ablehnung.

Stadtv. **Peters** (Soz.) gibt ebenfalls seiner Freude Ausdruck über die unentgeltliche Abgabe der Vorgartenflächen am Bohlweg und an der Warendorfer Straße und spricht den Wunsch aus, daß Bürger Münsters, wie z. B. der Hammer Straße, der Warendorferstraße usw in gleicher Weise ihre Vorgärten abgeben, wenn es im Interesse der Allgemeinheit zur Erweiterung der Bürgersteige liege.

Sodann wird die Vorlage angenommen.

Bewilligung der Kosten für die Halle „Münsterland“.

Vor Aufnahme der zweiten Lesung machte Stadtv.-Vorsteher Humperdinck einige Ausführungen: Wir kommen zu einer schweren Aufgabe. Wir wissen, daß die Augen nicht nur der gesamten Bürgerschaft, sondern darüber hinaus auf die Sache gerichtet sind, mit deren Behandlung wir jetzt beginnen. Sie ist von großer Wichtigkeit. Es kommt darauf an, daß die Würde unseres Hauses gewahrt bleibt, und deshalb möchte ich inständigst bitten, unterlassen Sie alle Reibereien und persönlichen Angriffe. Die Angelegenheit muß mit äußerster Ruhe und Sachlichkeit behandelt werden, um zu vermeiden, daß ein Spalt zwischen Magistrat und Stadtverordnetenkollegium eintritt. Es ist eine

Erklärung des Magistrats

eingegangen, die folgenden Wortlaut hat:

„Aus Anlaß der letzten Stadtverordnetensitzung vom 26. Oktober 1927 erklärt der Magistrat einstimmig:

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Herr Oberbürgermeister unter Berücksichtigung aller Vorkommnisse, wie sie in der Magistratsvorlage vom 19. Oktober d. Js. — Nr. 223 — bezüglich der Halle Münsterland festgelegt sind, wohl der Ansicht sein konnte, daß er grundsätzlich berechtigt sei, den Bau zu Ende zu führen. Wir sind ferner der Ansicht, daß es heute im Interesse der Stadt Münster das Beste ist, wenn die Vorlage im Stadtverordnetenkollegium Annahme findet. Hierbei heben wir hervor, daß die Behandlung der ganzen Angelegenheit unbedingt zu verurteilen ist. Verhandlungen, die wir mit dem Herrn Oberbürgermeister in dieser Hinsicht gehabt haben, haben die Sicherheit ergeben, daß für die Zukunft derartige Vorkommnisse ausgeschlossen sind. Wir bitten deshalb nachträglich die Mittel aus Anleihe zu bewilligen und suchen für unser Vorgehen Indemnität. gez. Robert“

Darauf erhielt

Oberbürgermeister Dr. Sperlich

das Wort zu folgender Erklärung:

„In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch, dem 26. v. Mts., habe ich zu der die Öffentlichkeit und die Stadtverordnetenversammlung in hohem Maße interessierenden Frage, ob und inwieweit die Rechte der Stadtverordnetenversammlung verletzt worden seien, und ob ein derartiges Vorgehen sich in Zukunft wiederholen werde, die Erklärung abgegeben, daß niemals bei dem Magistrat oder bei mir die Absicht bestanden habe, die Stadtverordnetenversammlung zu übergehen, und daß weder der Magistrat noch auch ich die Stadtverordnetenversammlung jemals mit Absicht übergehen würden. Ich habe sinngemäß etwa folgendes hinzugefügt freilich könne sich ein derartiger Fall immer wieder ereignen, und dann werde auch ohne die vorherige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gehandelt werden müssen. Dieser Zusatz ist von der verehrlichen Versammlung dahin ausgelegt worden, als hätte ich damit sagen wollen, ein derartiger Fall, wie der Fall der Halle Münsterland, werde sich wieder ereignen. Diese Auslegung ist unzutreffend. Ich habe dabei an Fälle gedacht, wie den Ankauf des Handelshofes, für den dem damaligen Bürgermeister Kivit, der ihn in Vertretung des beurlaubten Oberbürgermeisters abgeschlossen hatte, der ausdrückliche Dank der Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen worden ist, oder die erste Zusage eines Zuschusses von 1½ Millionen Mark für die Angliederung einer technischen Fakultät an die Universität Münster, oder auch an die von dem Oberbürgermeister ohne jede Fühlungnahme mit den städtischen Körperschaften in einem Augenblicke, wo ein Entschluß sofort gefaßt werden mußte, bei einer zufälligen Anwesenheit in dem zuständigen Ministerium in Berlin abgegebene Erklärung, die Stadt Münster stelle zum Neubau des Dienstgebäudes der Oberpostdirektion ein entsprechend großes Grundstück im Werte von rund 60 000 Mark kostenlos zur Verfügung, wenn dieser Bau sofort begonnen werden würde — eine Zusage, der allein zu danken ist, daß heute der Neubau der Oberpostdirektion am Hohenzollernring steht, und damit die Möglichkeit geschaffen wurde, die Schwierigkeiten im Post- und Fernsprechbetriebe in der Stadt Münster zu beseitigen. Nicht dagegen hatte ich bei diesem Zusatz einen Fall wie den der Halle Münsterland im Auge, bei derem Baubeginn ohne vorherige Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung ein Verschen insofern den beteiligten Dienststellen und dem Oberbürgermeister persönlich, wie ich das schon wiederholt betont habe, unterlaufen ist, daß infolge Arbeitsüberlastung die sofortige Fertigstellung einer Vorlage übersehen, und diese dann, als bei der Besichtigung der Halle Münsterland die Stimmung der Erschienenen zweifelsohne dahin ging, daß sie mit dem Weiterbau einverstanden seien, die Ausarbeitung einer solchen Vorlage für im Augenblick nicht dringlich angesehen und deshalb bis Ende 1925 (Vorlage vom 5. Januar 1926) zurückgestellt worden ist.

Ich will die ganze Entwickelungsgeschichte dieses Baues nicht wiederholen; ich betone nur alles in allem: Die Erklärung des Magistrats hebt in bester Form die Zusammenhänge hervor. Sie ist einstimmig gefaßt in Gegenwart des Oberbürgermeisters und mit seiner ausdrücklichen Zustimmung. Eine weitere Erklärung des Oberbürgermeisters würde die Angelegenheit nicht fördern, sie könnte nur zur Verwirrung beitragen und die Stellung der Stadt in dem Enteignungsverfahren und der Kaufpreisfestsetzung für Herrn Hupfer schwächen. Sie würde auch bei alle den Stellen, die die Zusammenhänge gerade dieser Sache außerhalb der Stadt Münster nicht kennen, aber von der Erklärung einmal hören werden, die Verhandlungsfähigkeit der Stadt Münster in stärkster Weise beeinträchtigen, weil sie die Handhabe bieten würde, jederzeit dem Oberbürgermeister oder den sonstigen verhandlungsführenden Mitgliedern des Magistrats bei einer offensichtlich ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung unter dem Zwange augenblicklich vorliegender Verhältnisse, diese Erklärung entgegenzuhalten.“

Die Stellungnahme der Fraktionen.

Stadtv. Prof. Dr. Kahle (Ztr.):

Nach dieser Erklärung möchte ich die Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister richten, ob die Erklärung des Magistrats, wie er sie jetzt abgegeben hat, auch seine persönliche Erklärung ist. (Der Oberbürgermeister bejaht das.) Das ist für uns eine wesentliche Klärung. In der vorigen Sitzung habe ich namens meiner Fraktion über das Verfahren beim Bau der Halle Münsterland scharfen Protest ausgesprochen. Von dem damals Gesagten habe ich kein Wort zurückgenommen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Halle fertig dasteht und der Bau bezahlt ist, daß die dafür verausgabten Gelder fast ausschließlich dem münsterischen Handwerk und Gewerbe zugute gekommen sind, aus dem Bestreben, den nun einmal bestehenden Hallenbau für die Stadt Münster möglichst nutzbar zu machen, und aus der Erkenntnis, daß, wenn wir die Sache nicht unter uns regeln, für die Stadt nur größerer Schaden entsteht, hatten wir uns bereit erklärt, trotz aller Vorbehalte der Vorlage unter zwei Bedingungen zuzustimmen. Diese Bedingungen sind durch die uns schriftlich zugegangene Erklärung des Gesamtmagistrates vom 4. November und durch die soeben vom Herrn Oberbürgermeister abgegebene Erklärung erfüllt. Ich habe deshalb namens meiner Fraktion nochmals den Antrag, den wir in der vorigen Sitzung eingebracht haben, ihnen zu unterbreiten, damit die Sache in Ordnung kommt. Bringen wir selbst sie nicht in Ordnung, dann tut das eine andere Instanz, das aber liegt sicher nicht im Interesse der Stadt. Deshalb hoffen wir auf Grundlage unseres Antrages eine Mehrheit für die Magistratsvorlage zu vereinigen. Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt die in der Vorlage angeforderten Mittel für die Halle Münsterland lediglich, um den nun einmal bestehenden Hallenbau für die Stadt Münster möglichst nutzbar zu machen, zumal der Bau bereits bezahlt ist. Sie erklärt aber, daß sie mit der Ausführung des Hallenbaues in der durchgeführten Form keineswegs einverstanden ist und ganz besonders die Art des Vorgehens bei der Durchführung des Projektes seitens des Magistrats nicht gutheißen kann. Sie mißbilligt schärfstens das eigenmächtige und dem Grundsatze der Selbstverwaltung widersprechende Verhalten und verlangt vom Magistrat, daß er entsprechend seiner Erklärung vom 4. November dafür sorgt, daß für die Zukunft derartige Vorkommnisse ausgeschlossen sind.“

Stadtv. Oberg (AG.):

Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß sie einmütig die Vorlage ablehnt. Auf erneute Behandlung unserer Stellungnahme glauben wir verzichten zu dürfen, da bereits in der ersten Lesung zwei meiner Fraktionsfreunde unsere Gründe vorgelegt haben. Den in hiesigen Zeitungen und in Versammlungen getätigten offenen und versteckten Angriffen über die Haltung zur Halle Münsterland schenken wir keine Beachtung, denn der von uns in der Hallenfrage beschrittene Weg ist geradlinig.

Stadtv. Lange (WP.):

Die Fraktion „Wirtschaftspartei“ hat die Vorlage des Magistrats vom 10. Februar 1925, Tagebuch-Nr. 4964 über die Bewilligung von 90 000 Mark zur Beteiligung an einer Zuchtviehmarkthalle abgelehnt, im weiteren Verlauf der Angelegenheit grundsätzlich und ausdrücklich jeder Vorlage über den Bau einer Ausstellungshalle ihre Zustimmung versagt. Die Fraktion „Wirtschaftspartei“ hält auch heute an dieser grundsätzlichen Stellungnahme fest, ist aber der Ansicht, daß nach der ganzen Entwickelung der Sache beide Körperschaften der Stadt von einer Schuld nicht freizusprechen sind. Insbesondere trifft das auf die Fraktionen zu, die zu der Vorlage vom 5. Januar 1926, Tagebuch-Nr. 6047, eine unklare Stellung eingenommen und durch ihren Vertagungsbeschluß dem Herrn Oberbürgermeister und seinen Mitarbeitern Vorschub geleistet haben, die Kosten des Baues der Halle noch weiter erheblich zu überschreiten. Ein solch eigenmächtiges Vorgehen des Herrn Oberbürgermeisters ist nach Ansicht der Fraktion nur zu vermeiden, wenn die Stadtverordnetenversammlung ihrer vornehmsten Aufgabe, die Geschäftsführung des Magistrats, vor allem die Finanzwirtschaft, zu überwachen ernstlich nachkommt. An dieser Pflichterfüllung hat es die Stadtverordnetenversammlung bestimmt fehlen lassen, sie ist Vorschlägen in dieser Richtung, wie sie wiederholt von unserer Fraktion gemacht sind, nicht gefolgt. Trotz des grundsätzlich ablehnenden Standpunktes ist die Fraktion jedoch der Auffassung, daß im Interesse der Selbstverwaltung eine Zwangsetatisierung vermieden werden muß. Sie ist bereit, hierbei verantwortlich mitzuwirken, kann sich aber dem Standpunkt der Fraktionen, die der Ansicht sind, daß zur Übernahme dieser Verantwortung eine Erklärung des Oberbürgermeisters genügt, nicht anschließen. Die Fraktion macht vielmehr ihre Zustimmung zur Deckung der Kosten davon abhängig, daß die Stadtverordnetenversammlung selbst die erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse trifft. Wir stellen folgenden

Antrag:

Unter Mißbilligung der Handlungsweise des Herrn Oberbürgermeisters und der verantwortlichen Magistratsmitglieder wird die Deckung der angegebenen Kosten des Baues der Halle Münsterland aus Anleihemitteln genehmigt. Zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse wird die Finanzkommission beauftragt, die schärfste Überwachung der Finanzwirtschaft der Stadt auszuüben und der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich über unnötige und nicht bewilligte Ausgaben Bericht zu erstatten.

Es ist klar, daß die Gelder aus Anleihemitteln genommen werden müssen. Unser Antrag ist ein unteilbares Ganze. Wenn ein Teil abgelehnt werden sollte, so bedauern wir, dem Antrag nicht zustimmen zu können. Damit glauben wir dem Kollegium einen Weg gewiesen zu haben, aus der Sackgasse herauszukommen.

Stadtv. Schlattmann (B. M.):

Die Bürgerliche Mittelstandspartei steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Halle Münsterland in ihrer jetzigen Form eine schwere wirtschaftliche Belastung der Stadt darstellt und sich in absehbarer Zeit nicht rentabel gestalten läßt. Sie hätte dieses Projekt auch bei ordnungsmäßiger Vorlage einstimmig abgelehnt. Die Durchführung des Hallenbaues nach den geänderten Plänen durch die Stadt ist lediglich durch eine verwaltungsrechtlich gänzlich unzulässige Handlungsweise des Oberbürgermeisters und seiner Sachbearbeiter und später auch des Magistrats möglich gewesen, gegen die wir wiederum, wie früher, auf das schärfste Verwahrung einlegen. Ohne Rücksicht auf unsere Stellung zum Hallenprojekt können wir diesen verantwortlichen Stellen eine Entlastung für ihr Vorgehen nur dann erteilen, wenn von ihnen ausdrücklich dem Kollegium gegenüber die Erklärung abgegeben wird, daß ihr Vorgehen bei der Erbauung der Halle unberechtigt war und in Zukunft die Rechte des Kollegiums von allen diesen Stellen unbedingt gewahrt werden. Erfolgt eine solche Erklärung nicht, so beantragen wir, die gesamten Vorgänge der vorgesetzten Behörde zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Verantwortlichen vorzulegen. Obwohl unsere Partei an sich entschlossen ist, die Vorlage abzulehnen, kann sie sich den schwerwiegenden Folgen einer Zwangsetatisierung nicht verschließen. Bei der Frage der Deckung der einmaligen wie auch der laufenden Ausgaben für die Halle muß das Bestimmungsrecht des Kollegiums gewahrt bleiben, damit es dahin wirken kann, die doch einmal eintretende Belastung unbedingt durch Einsparung an anderen Stellen auszugleichen. Demzufolge lehnt die Fraktion der Bürgerlichen Mittelstandspartei auch bei Erteilung der Entlastung zunächst die Deckung durch eine neu aufzunehmende Anleihe ab und beantragt, den Magistrat zu ersuchen, die Deckung der Ausgaben für die Halle aus Mitteln des diesjährigen außerordentlichen Etats unter Zurückstellung der Ausführung anderer nicht unvermeidbar notwendiger Arbeiten zu beschaffen.

Stadtv. Peters (Soz.)

will keine besondere Erklärung über die Stellungnahme seiner Fraktion abgeben, sondern sofort in die Aussprache eintreten. Wenn bei der gemischten Arbeitsgemeinschaft von zehn Köpfen damals der Wille vorgelegen hätte, den Bau der Halle nicht fertigzustellen, dann würde sie dazu in der Lage gewesen sein, und dann hätte heute diese Fraktion das Recht, zu behaupten: „Wir waren diejenigen, die nicht mitgemacht haben, und alle übrigen haben den Bau verschuldet.“ Hier gibt es kein Herumdrücken. Redner geht dann auf die Besichtigung der Halle und die weitere Haltung der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ein, die damals bemüht war, den Hallenetat aus dem Gesamtetat herauszunehmen. Er findet es eigentümlich von dieser Fraktion, über einen Gegenstand zu verfügen, bei dem sie jede Mitarbeit abgelehnt habe. Die „gerade Linie“, von der man in der ablehnenden Erklärung gesprochen habe, zeige doch verschiedene kleine Bogen und scheine mitunter sogar eine „heulende Kurve“ zu sein. (Heiterkeit.) Die Soz. Fraktion stimme der Vorlage zu und erkläre sich mit dem Antrage der Wirtschaftspartei einverstanden. Sodann kritisierte der Redner auch die Haltung der Bürgerlichen Mittelstandspartei, die die Ratschläge eines Jurysten auf der Versammlung erst gutgeheißen habe und heute in den Wind schlage.

Damit war die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen beendet.

Stadtv. Prof. **Kahle** (Ztr.) empfahl, die beiden Anträge der Wirtschaftspartei und des Zentrums zu verbinden, wogegen sich Stadtv. **Lange** (WP.) aussprach, weil der Antrag des Zentrums eine Mahnung an den Magistrat enthalte, während die Wirtschaftspartei die Initiative selbst in der Hand halten wolle.

Es entwickelte sich nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Abstimmungsmöglichkeit. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung fand Annahme.

Die Abstimmung über die Anträge ergab Annahme mit 30 gegen 15 Stimmen.

Die Magistratsvorlage wurden ebenfalls mit 30 gegen 15 Stimmen angenommen.

Gegen die Vorlage stimmten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und der Mittelstandsvereinigung.

Der **Vorsitzende** dankte dem Kollegium für die ruhige und sachliche Behandlung der Angelegenheit.

Dann machte Oberbürgermeister **Dr. Sperlich**

eine erfreuliche Mitteilung.

Er sagte: Ich habe zur Frage der Nutzbarmachung der Halle Münsterland zugleich zur Frage der Erleichterung des Verkehrs zwischen dem sich immer mehr als Wohngegend entwickelnden Südviertel und dem Hafenviertel Ihnen und der Bürgerschaft die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß Vorbesprechungen mit der Reichsbahn ergeben haben, daß diese einem Antrage der Stadt auf Gestaltung der Überbrückung der Geleise zwischen Industrie- oder Südstraße und dem Gelände am Havertamp für Fußgängerverkehr in einer Breite von 3 bis 4 Meter entsprechen würde und mit Rücksicht auf den Umbau des Bahnhofs zur Zeit auch noch entsprechen könnte. Die Einrichtung dieser für die Verkehrsregelung in der Stadt Münster überaus wichtigen schon vor Jahren, zum ersten Male 1904, als eines sehr wichtigen Fortschrittes erstrebten Zieles, ist nicht zum kleinsten Teile der außerordentlichen Steigerung des Verkehrs durch die Erbauung der Halle Münsterland zu verdanken.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beantwortete Oberbürgermeister Dr. Sperlich eine vom Stadtv. Engberding gestellte „Kleine Anfrage“ nach dem

Stande der Verhandlungen mit Hupfer

dahin, daß die Stadt rechtzeitig den Klageweg gegen die Entscheidung der Enteignungskommission bezw. des Regierungspräsidenten beschritten habe. (Die Entscheidung ging bekanntlich dahin, daß dem Herrn Hupfer eine Entschädigung von 1 025 000 Mark zugesprochen wurde. D. Red.) Gleichzeitig hat auch Herr Hupfer Einspruch erhoben. Die Stadt stützt sich auf die Gutachten zweier Sachverständigen für Industriegelände, die eine Entschädigung von 488 000 Mk. als angemessen berechnet haben. Herr Hupfer fordert dagegen über die vom Regierungspräsidenten hinaus festgesetzte Summe von 1 025 000 nach 994 000 und weitere 130 000 Mk., also insgesamt 2 149 000 Mk. Der Herr Oberbürgermeister schloß seine Beantwortung mit dem Bemerken, daß er sich freue, diese Auskunft auf die Anfrage des Herrn Engberding geben zu können.

Der Vorstand der Studentenschaft der Universität Münster zum neuen preußischen Studentenrecht.

Der Vorstand der Studentenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster teilt mit:

Kommilitoninnen! Kommilitonen! Der Vorstand der Studentenschaft der Universität Münster i. W. bedauert es, daß sich der preußische Kultusminister Dr. Becker genötigt sieht, die Selbstverwaltungsarbeit der Einzelstudentenschaften und deren Einfluß innerhalb der Hochschulverfassung zu mindern durch die Bestimmungen über die Zugehörigkeit zur Einzelstudentenschaft, über das Koalitionsrecht und die Vermögensverwaltung in der Verordnung über die Bildung von Studentenschaften vom 23. September 1927.

Er beklagt es, daß die genannte Verordnung infolge der arisch-völkischen Auslegung, die der Begriff „großdeutsch“ in der bisher bestehenden „Deutschen Studentenschaft“ (D. St.) erfahrt, geeignet ist, vorläufig einen wirklich großdeutschen Zusammenschluß deutscher Studentenschaften zu verhindern.

Ein Zusammenschluß, der dem Willen der Front studenten entspricht, die im Jahre 1919 die D. St. geschaffen haben, erscheint uns einzig möglich auf der Grundlage einer gesunden Einzelstudentenschaft, die leichter als die heterogen zusammengesetzte „Deutsche Studentenschaft“ die Gedanken der Gründergeneration verwirklichen kann.

Der Vorstand ist aber der Ansicht, daß der vorhandene Gemeinschaftswille der gesamten Münsterischen Studenschaft nicht in einer „freien Studentenschaft“ gewisser Kreise seine Verwirklichung finden kann, sondern in einer studentischen Gemeinschaft, die auf Grund staatlicher Anerkennung öffentlich-rechtliche Körperschaft innerhalb des Universitätsverbandes und damit Glied der Universität ist.

Wenn ferner die lokale wirtschaftliche Organisation Ausdruck des Selbsthilfewillens der Studentenschaft und unter ihrem Einfluß bestehen bleiben und nicht staatliche Behörde werden soll, so glauben wir besonders berechtigt zu sein, die staatliche Anerkennung zu fordern, da der Studentenschaft die Mitwirkung einer rechtlichen Einflußnahme in die Hand gibt.

Die Aufgabe, diese Rechte zu erhalten und auszubauen setzt voraus, der neuen Staatsministerialverordnung mit einem „ja“ zuzustimmen.

Rücktritt des Oberbürgermeisters von Solingen.

w **Solingen, 23. Nov.** In der heutigen Sitzung der Solinger Stadtverordnetenversammlung, die den Bericht der Kontrollkommission über die Kosten der Vorbereitung der Städtevereinigung entgegenzunehmen sollte, wurde festgestellt, daß die Stadtverwaltung den von der Kommission ausgearbeiteten Bericht sinnentstellend abgeändert hatte. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte darauf, daß sie diesen Bericht nicht zur Grundlage ihrer Beratungen machen könne. Ein gegen das Vorgehen der Verwaltung gestellter Vertagungsantrag wurde abgelehnt, und ein Antrag auf Weiterberatung angenommen. Die Sitzung nahm jedoch ihr Ende, ohne daß in die sachliche Beratung eingetreten wurde. Oberbürgermeister Dicke erklärte, daß er angesichts der Vertagung der Städtevereinigung seinen Auftrag als erledigt betrachte und aus dem Amt scheiden werde.

Anfrage bezügl. Aufhebung von kirchlichen Feiertagen für städtische Arbeiter.

Die Stadtv. Camps und Duwenig fragen an, was der Magistrat in der Frage der Aufhebung von kirchlichen Feiertagen für städtische Arbeiter zu tun gedenkt. Die städtischen Arbeiter haben gewohnheitsrechtlichen Anspruch auf Freigabe der kirchlichen Feiertage. Im Juli ds. Js. ist ihnen der große Prozessionstag erstmalig genommen. Bis zum Wiedereintritt der Stadt Münster zum Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden sind diese kirchlichen Feiertage stets freigegeben und selbstredend gemäß § 13 des Tarifes auch bezahlt.

Referent Stadtv. **Camps** teilt mit, daß ihm auf seine Anfrage prompt eine die Angelegenheit in befriedigendem Sinne regelnde Antwort des Magistrats erteilt sei. Er bedauert dagegen, daß der berufene Arbeitnehmer-Organisation auf ihre wiederholte Anfrage keine Antwort erteilt sei und er fordert für die Arbeitnehmer-Organisationen das gleiche Recht, das den Organisationen des Mittelstandes, der Kaufmannschaft zugestanden werde.

Generaldirektor **Tormin** verliest zur Klarstellung einen Brief, den die Betriebsverwaltung unterm 28. Oktober an den Arbeitgeberverband, der für die Erledigung dieser Angelegenheit zuständigen Stelle, gesandt hat und durch den die Anfrage Camps auch in ihrem zweiten Teile erledigt ist.

Antrag der Bürg. A. G. auf Einsetzung einer Sparkommission.

Die Bürgerl. A.-G. beantragt die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus vier Mitgliedern des Stadtverordneten-Kollegiums, die auswechselbar sind in der Weise, daß die vier größten Fraktionen von Fall zu Fall je ein Mitglied in die Kommission delegieren. Zweck der Kommission ist, mit dem Finanzdezernenten und den einzelnen Dezernenten die von ihnen für den Haushaltsplan und für bedeutendere Einzelvorlagen gestellten Anforderungen zu beraten, bevor sie zu einer Beschlußfassung im Magistrat gelangen.

Dieser Antrag gab zunächst Veranlassung zu einer sogen. „Geschäftsordnungsdebatte“, die daraus entstand, daß der Stadtverordnetenvorsteher dem Stadtv. Engberding vor der Sitzung gesagt hatte, daß er über die Finanzlage der Stadt bei dieser Gelegenheit nicht in der öffentlichen Sitzung sprechen dürfe.

Stadtv. **Engberding:** (A. G.) Ich muß über die Finanzlage der Stadt Münster sprechen, weil sie der Ausgangspunkt unseres Antrages ist.

Stadtv. **Humperdinck:** Über die Finanzlage kann nur in der geheimen Sitzung gesprochen werden.

Stadtv. **Engberding** (A. G.): Die Lage der städtischen Finanzen ist sehr schlecht. Da es mir verwehrt wird, darüber zu sprechen, sage ich mir soviel: Die ungedeckten Schulden der Stadt belaufen sich auf 8 bis 9 Millionen. Die meisten Stadtv. sind über die Finanzlage nicht urteilsfähig. (Erregte Zurufe aus der Versammlung, vor allem aber von den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Dr. **Sperlich:** Ich halte es für notwendig, zur Beruhigung der Bürgerschaft, soweit sie den Äußerungen des Herrn Engberding noch Gewicht beilegt, zu erklären, daß die Darlegungen nicht stimmen. Meine Auffassung über die steuerliche und finanzielle Entwicklung, die ich bei der Etatsberatung dargelegt habe, ist neuerdings durch eine Denkschrift des Finanzministers bestätigt werden.

Stadtv. **Niemeyer** (Soz.) weist die Äußerung des Herrn Engberding zurück, daß die anderen Stadtv. über die Finanzlage nicht urteilen könnten. Solche Bemerkungen seien unfair.

Stadtv. **Cloer** (A. G.) stellt den Antrag, die Einsetzung der Kommission wegen der notwendig damit verbundenen Debatte über die Finanzlage in die geheime Sitzung zu verweisen.

Gegen diesen Antrag spricht Stadtv. Professor **Dr. Kahle,** für den Antrag **Engberding.**

Bürgermeister **Schlunstein** erklärt zu den Äußerungen Engberdings, daß er in der geheimen Sitzung z

Aus den Provinzen.

⊙ **Aus der Preußischen Unterrichtsverwaltung.** Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge sind ernannt worden: der Direktor i. e. R. Breitenstein aus Paderborn zum Schulrat in Ahaus; der Seminar-Oberlehrer i. e. R. Steinhauer aus Kempen zum Schulrat in Lippstadt.

✦ **Coesfeld, 23. Nov.** (Gefährlicher Automobilunfall.) Auf der Landstraße zwischen Coesfeld und Osterwick wurde der Pferdehändler Grewe aus Velen am Dienstag, der mit dem Fahrrade fuhr, von einem Personenauto angefahren. Auf der vereisten Straße mußte der Verunglückte mit dem Fahrrad ins Rutschen gekommen sein. Eine sehr gefährliche Kopfwunde trug der Verunglückte davon. Das Personenauto, das einem Ahlener Fabrikanten gehört, brachte den Verletzten sofort zum Coesfelder Krankenhause, wo er lebensgefährlich darniederliegt.

✦ **Herne, 23. Nov.** (Festnahme ausgebrochener Zuchthäusler.) Von den im Oktober d. Js. aus dem Zuchthause Elberfeld ausgebrochenen sechs Zuchthäuslern sind gestern in Herne zwei wieder festgenommen worden, nachdem vor einiger Zeit in Schneidemühl einer der Ausgebrochenen wieder ergriffen werden konnte, befinden sich heute noch drei auf freiem Fuß.

○ **Lingen, 22. Nov.** (Verschiedenes.) Infolge der Glätte kam Frau Keßler vom Brokhauserweg zu Fall und zog sich einen Armbruch zu. Sie wurde ins Krankenhaus übergeführt. — Heute feierte das Ehepaar Schlichtes in voller Rüstigkeit das seltene Fest der goldenen Hochzeit.

Weitere Folgen der Schneestürme und Kälte.

Auch in Berlin Eisregen.

Münster, 23. Nov. Der Eisregen, der in den letzten Tagen wiederholt über Münster niederging und Straßen, Hauswände, Baumgeäst usw. mit einer dicken Eisschicht überzog, was sich scheinbar in dieser Nacht wiederholen will, ist jetzt auch in Berlin und in Kassel aufgetreten. In Kassel führte er die Straßenbahnkatastrophe herbei. Aus Berlin wird noch gemeldet: Der Eisregen, der in den Vormittagsstunden über Berlin niederging und sich besonders gegen Mittag sehr verstärkte, hat zahlreiche Unfälle und Verkehrsstörungen mit sich gebracht, da die Bürgersteige und Fahrdämme im Nu Glatteis bildeten und auch die Weichen der Straßenbahn und die Schienen der Hochbahn völlig vereisten. Bis zum Mittag hatten schon 15 Verunglückte die Hilfe der Rettungswachen in Anspruch nehmen müssen, und die Stürze infolge der Glätte waren so stark, daß die Verunglückten an mehreren Stellen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Der Straßenbahnverkehr hatte besonders stark unter dem Glatteis zu leiden, und es mußten überall Sandstreuwagen in Tätigkeit treten, da die Räder bei den Steigungen nicht faßten und die Fahrzeuge nicht vorwärts zu bewegen waren. Das gleiche Bild zeigte sich bei der Hochbahn, wo sich auch in den Mittagsstunden die Verkehrsstörung des Morgens noch auswirkte. Auch für den Fuhrwerksverkehr machte sich die Glätte äußerst unangenehm bemerkbar. An verschiedenen Stellen Berlins kamen die Pferde zu Fall, wodurch ebenfalls erhebliche Verkehrsstörungen hervorgerufen wurden.

Weitere Störungen des Zugverkehrs.

✦ **Berlin, 23. Nov.** Auch heute früh machten sich im Zugverkehr die inzwischen stärker gewordenen Schneefälle wieder störend bemerkbar, so daß eine ganze Reihe von Zügen mit Verspätungen eintrafen. Von diesen Verspätungen wurde am stärksten der Amsterdamer D-Zug betroffen, der mit 40 Minuten Verspätung einrollte. Auch der aus Paris kommende Nord-Expreß traf ebenso wie der Kölner D-Zug mit 22 Minuten Verspätung ein. Auf dem Anhalter Bahnhof verspätete sich der Münchener Zug um 14 Minuten, und auf dem Stettiner Bahnhof mußte man 24 Minuten auf die Ankunft des aus Saßnitz kommenden Zuges warten. Auch der D 24 aus Bukarest verspätete sich um eine halbe Stunde. 24 Minuten hatte auch der aus Eydtkuhnen kommende D-Zug Verspätung.

Lohnbewegung.

Lohnbewegung bei der nordwestlichen Metallindustrie.

⊙ **Essen, 23. Nov.** In einer Delegiertenkonferenz des deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen wurde laut „Vorwärts" die Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens für die Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe beschlossen.

Lose Blätter

Vierstündiger Kampf mit einem Riesenwalfisch.

Wie Londoner Blätter aus Karachi in Vorderindien melden, hatten dort vor einigen Tagen Fischer auf hoher See ein aufregendes Abenteuer mit einem Walfisch zu bestehen. Eine Fischerflottille mit 50 Mann an Bord schickte im Persischen Golf, als sich ein riesiger Walfisch in die ausgeworfenen Netze verfing. Der Walfisch war 10 Meter lang und hatte ein Gewicht von nicht weniger als 10 Tonnen. Das Ungeheuer machte verzweifelte Anstrengungen, um sich zu befreien, wobei es die kleinen Fahrzeuge mit sich riß. Die Fischer bemühten sich, die Netze einzuziehen und den Walfisch unschädlich zu machen. Der Kampf zwischen den Fischern und dem Walfisch dauerte volle vier Tage und vier Nächte. Der Walfisch jagte die kleine Fischerflotte nach allen Richtungen im Meer herum. Erst als am vierten Tage größere Fischerdampfer zur Hilfe herbeieilten, gelang es, die Rückfahrt nach Karachi anzutreten und den gefangenen Wal zur Küste zu bugsieren. Der Walfisch verendete erst, als er nach 24stündiger harter Arbeit an Land gezogen werden konnte. Das Gewicht von 10 Tonnen, ebenso wie die Länge von 10 Metern ist selbst für Walfische außergewöhnlich.

Lachen auf Verordnung.

Daß Lachen gesund ist, ist eine uralte Weisheit, aber die Ärzte haben dieses Heilmittel bisher noch nicht in ihren Rezeptschatz aufgenommen. Das empfiehlt nur Dr. Welsh in einem Artikel des in New-York erscheinenden American Medicine. „Wie viel Ärzte gibt es wohl," schreibt er, „die darauf bestehen, daß ihre Patienten im Laufe des Tages eine bestimmte Zahl herzlicher Gelächter hervorbringen, selbst wenn sie ohne besonderen Grund lachen müßten? Gewiß ist das Lachen, das durch einen guten Spaß ausgelöst wird, tiefer und natürlicher, lüftet die Lungen besser, regt das Herz mehr an, bringt das Blut kräftiger in Umlauf und läßt alle Organe besser arbeiten. Aber wenn der Kranke nicht von selbst lacht, dann muß er sich eben zum Lachen zwingen, denn ein erzwungenes Lachen ist immer noch gesünder, als gar keins. Der Arzt aber sollte unter seinen Rezepten auch stets ein paar unwiderstehliche Witze haben, die er denen vorsetzt, die eines kräftigen Lachens dringend bedürfen, und es heißt sich eines vorzüglichen Heilmittels berauben, wenn man einen Patienten, der an irgendeiner Depression leidet, aus dem Sprechzimmer entläßt ohne ihn gehörig zum Lachen gebracht zu haben. Lachen ist nicht nur gut für den Körper, sondern auch für den Geist. Man kann lachen lernen und sich darin üben. Wenn man das Gesicht in die richtige Lachstellung bringt, so vermag man ein Gelächter selbsttätig hervorzurufen. Gibt es doch sogar eine Theorie, die behauptet, daß der Körper zuerst von den Empfindungen ergriffen wird und dann der Geist. Danach kommen manchmal zuerst die Tränen und dann empfinden wir Schmerzen, und ebenso fühlen wir uns froh und leicht, wenn ein Lachen durch Kitzeln hervorgerufen ist. Mag auch die Theorie nicht in jeder Beziehung richtig sein, so enthält sie doch einen Keim der Wahrheit. Zweifellos wird der, der sich im Lachen übt und viel lacht, eine hellere Auffassung des Lebens erlangen."

Aus dem Reiche des Rundfunk.

Rundfunkprogramm der westdeutschen Sender.

Es bedeutet Lo = Langenberg, Mü = Münster, Do = Dortmund, El = Elberfeld. Der Sendeort ist ausgeschrieben; in der Klammer wird der Sender abgekürzt genannt.

Donnerstag, 24. Nov. 13.10: Köln: Konzert. ● 14.30: Köln: Wir bleibe ich gesund? ● 15.45: Dortmund: Was koche ich in der nächsten Woche? ● 16.30: Köln: Elly Legband liest Frauenlyrik. ● 17.30: Köln: Prof. Sperber: Gutes Deutsch! Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart unserer Muttersprache. ● 18: Köln: Konzert. Blon: Mit Eichendorff und Schwertern. — Suppe: Die Schöne Galathe. — Donizetti: Aus Favoritin. — Linke: Amina — Liszt: Rhapsodie Nr. 14. — Fetras: Mondnacht auf der Alster ● 19.15: Münster: Dr. Heimermann: Einführung in die spanische Sprache ● 19.40: Köln: 3 Clemens: An unserer Jugend. Vor der Plakatsäule ● 20.05: Dortmund: Lieder-Abend Clara Gerhardt-Schuchey (Sopran) R. Gerhardt (Bariton). Mitw.: Konzertm. Göbel (Violine) Kammermusiker Heise (Flöte). W. Ehering (Klavier) Händel: Amoi, dir werd ich nie trauen (Duett). Arie des Jephtha aus Samson — Mozart: Figaros Arie. — Bach: Kammersonate G-dur. — Innsbruck, ich muß dich lassen. Volkslied aus dem 15. Jahrh. — Ich spring in diesem Ringe. Lied eines Fahrenden — Hasler: Tanzlied aus dem Lustgarten. — Madrigalgesang, Melodie aus Dirnert. — Deutscher Tanz u. a. m. ● 21.45: Dortmund: Heitere Stunde. — Anschl. Köln: Sport. Tanzmusik.

Handel und Volkswirtschaft.

Österreichischer Wirtschaftsbrief.

Vor einer Generalrevision des österreichischen Zolltarifes. — Besserung der Handelsbilanz. — Die Lage in der Schwerindustrie.

Wien, im November.

Schon im September hat Bundeskanzler Dr. Seipel angedeutet, daß voraussichtlich das Jahr 1928 eine Generalrevision des autonomen österreichischen Zolltarifes bringen wird. Seit Inkrafttreten der ersten Fassung des Zolltarifes haben sich sowohl in der Inlandsproduktion, als auch in den handelspolitischen Beziehungen Österreichs tiefgreifende Änderungen vollzogen, die in den seither durchgeführten drei Zolltarifnovellen nicht zur Gänze erfaßt werden konnten. Dies verspürte man am meisten bei Beratung der dritten Zolltarifnovelle, wobei mit Rücksicht auf deren agrarpolitischen Charakter viele, und durchaus berechtigte Wünsche der industriellen Interessenten unberücksichtigt bleiben mußten. Dazu kommt weiters die in Genf initiierte Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote; der Wegfall derselben wird aus Rücksichtnahme auf die Sicherung der Inlandsproduktion vielfach durch Zollmaßnahmen surrogiert werden müssen. Die Generalrevision des Zolltarifes wird auch solche Positionen berücksichtigen müssen, die seinerzeit als Verhandlungszölle fixiert wurden, die aber in den folgenden Vertragsverhandlungen mangels Ansprüche der Verhandlungspartner keine Verwertung finden konnten. Schließlich wird es sich auch um eine Überprüfung der im bisherigen Tarife vorgesehenen Erlaubnisscheinverkehres und sonstige Klauseln handeln, da das Bundesministerium für Finanzen schon mit Rücksicht auf den sich fühlbar machenden Personalmangel im Zollabfertigungsdienst an eine weitgehende Vereinfachung des österreichischen Zollschemas denkt. Es ist anzunehmen, daß bald nach Neujahr 1928 die wirtschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer grundsätzlichen Aussprache zusammentreten. Zweifelsohne werden die österreichisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen durch diese geplante Tarifrevision mit beeinflußt werden.

Von der sicherlich protektionistischen Zollpolitik wird Österreich um so schwerer abzubringen sein, als es damit nicht schlechte Erfahrungen gemacht hat. Das schwere Passivum seiner Handelsbilanz beginnt sich zu verkleinern. Der September, für den nunmehr die Statistik abgeschlossen ist, zeigt sich wesentlich freundlicher als der August. Erreichte das Passivum in diesem Monat nicht weniger als 113 Millionen Schilling, so ist es im September wieder auf 80 Millionen Schilling, das ist den Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres zurückgegangen. Die Einfuhr, die im August hauptsächlich infolge erhöhter Edelmetallbezüge einen Wert von 282,7 Millionen Schilling erreicht hatte, stieg zwar noch weiter auf 284,3 Millionen Schilling, doch wurde diese Mehreinfuhr durch die erhebliche Steigerung der Ausfuhr von 169,5 auf 204,4 Millionen Schilling wettgemacht. Auch im Monat September hatte der Edelmetall- und Münzverkehr in beiden Verkehrsrichtungen an dem Gesamtergebnis einen beträchtlichen Anteil, da größere Goldbezüge aus Großbritannien erfolgten und Silber aus Mexiko zur Einfuhr gelangte und andererseits in Österreich geprägte Levantiner Taler nach Abessinien und den sonstigen ständigen Absatzgebieten für diese Münzen ausgeführt wurden. Läßt man den Edelmetallverkehr außer Betracht, so ist gegenüber August die Einfuhr im September um 23,4, die Ausfuhr um 26,5 Millionen Schilling gestiegen. Bei der Einfuhr fällt mengenmäßig vor allem die starke Steigerung der Kohlenbezüge auf. In den ersten neun Monaten erreichte die Einfuhr einen Wert von 2199,8 Millionen Schilling gegen 2014,2 Millionen Schilling im gleichen Vorjahrszeitraum, die Ausfuhr betrug 1452,7 Millionen gegen 1249 Millionen Schilling. Das Bilanzpassivum erreichte demnach in den drei ersten Vierteljahren 747,1 Millionen Schilling gegen 765,2 Millionen Schilling im Vorjahre. Die Einfuhr aus dem Deutschen Reiche nach Österreich betrug in den ersten neun Monaten 1927 etwas über 357 Millionen Schilling gegen 332,4 Millionen Schilling im gleichen Zeitraum des Vorjahres; die Ausfuhr aus Österreich nach Deutschland betrug in dem gleichen Zeitraum 258,9, beziehungsweise 140,8 Millionen Schilling.

In der Eisenindustrie hat die günstige Beschäftigung im allgemeinen angehalten, obwohl der scharfe Preiskampf im Eisengroßhandel einen geringen Ausfall in Walzeisen hervorgebracht hat. Das Roheisen- und Halbzeuggeschäft ist andauernd rege, der Export bleibt angesichts des niedrigen Weltmarktniveaus schwach. Gut beschäftigt sind auch die meisten Blechwerke, die Bandeisenwalzwerke und die Drahtverfeinerungsindustrie. Auch in der eisenverarbeitenden Industrie ist die Beschäftigung der meisten Fabrikbetriebe zufriedenstellend. — Bis Ende des Jahres werden die österreichischen Lokomotivfabriken, die zu Anfang 1926 von der Bundesbahnverwaltung vergebenen Aufträge an Dampf- und elektrischen Lokomotiven ausgeliefert haben. An Exportbestellungen fehlt es fast gänzlich. Mit Ausnahme eines Auftrages der jugoslawischen Staatsbahnen auf eine größere Anzahl von Lokomotiven liegen nennenswerte Exportaufträge bis nun nicht vor. Das sonstige Maschinengeschäft ist bei einigen Lokomotivfabriken relativ günstig und nimmt noch immer zu. Auch den Waggonfabriken fehlt es augenblicklich noch an Bundesbahnaufträgen. An größere Exportgeschäfte ist derzeit bei der heftigen internationalen Konkurrenz kaum zu denken. Wie verlautet, plant die Bundesbahnverwaltung für die nächsten drei Jahre zunächst eine Bestellung von 3000 Güterwagen und 300 Personenwagen. Im Jahre 1928 sollen hiervon 1000 Güterwagen und die 300 Personenwagen geliefert werden. Welche Nachschaffungen zur Ergänzung des Lokomotivparkes der Bundesbahnen für das nächste Jahr zu gewärtigen sind, ist bisher nicht bekannt geworden. Anscheinend kommen in Dampflokomotiven zunächst nur geringere Nachschaffungen in Frage.

Im Budget sind für das Jahr 1928 zwei Millionen Schilling für die Ausgestaltung der österreichischen Luftschiffahrt vorgesehen. Es handelt sich dabei in gleicher Weise um die Verbesserung und Erweiterung der Flugfelder und des Sicherungsdienstes, wie um Subventionen für gelegene Kilometer. In erster Linie sollen die Flugfelder in Wien, Graz, Klagenfurt, Salzburg und Innsbruck ausgebaut werden, besonders das Flugfeld von Aspern. Hier ist für das nächste Jahr die Erbauung einer weitreichenden Funkstation und die Durchführung verschiedener anderer Flugsicherungsmaßnahmen vorgesehen. Jene Fluglinien, welche besonders stark frequentiert werden, sollen eine Verkehrsverstärkung erfahren. Insbesondere ist vorgesehen, ein zweites Flugzeugpaar im Verkehre nach Berlin und nach Venedig einzulegen, wobei beide Strecken ohne Zwischenlandungen zurückgelegt werden sollen. Das Flugzeug von Berlin soll in Wien direkten Anschluß nach Venedig haben, so daß der Weg von Berlin nach Venedig künftig in etwa sieben Stunden zurückgelegt werden soll.

Essener Kurenbörse.

tu **Essen, 23. Nov.** (Tel.) Der Terminmarkt war weiter schwächer bei kleinem Geschäft. Auch der Rheinisch-Westfälische Kuxenmarkt lag ruhig bei weiter etwas schwächerer Tendenz. Von Steinkohlenkuxen wurden Langenbrahm 500 Mk. billiger angeboten. Umsätze fanden hier nicht statt. Am Steinkohlenaktienmarkt war Geschäft u. a. in Lothringen und Niederrheinische Bergbau, die bis 2 Prozent im Kurse nachgaben. Am Braunkohlenmarkt wurden nur Glimmerode auf unveränderter Preisbasis gehandelt. Auch das Geschäft am Kalimarkt war klein. So wurden auch heute von Kalikuxen wieder nur einige Werte der Burbachgruppe gehandelt. Sonst war noch Geschäft in Einigkeit bei einem Kursgewinn von 50 Mk. Burbach waren um ebenso viel abgeschwächt. Von Kaliaktien wurden Kaliindustrie, Krügershall und Niedersachsen bis um 3 Prozent niedriger umgesetzt. Von Allgemeinen Industrieaktien fanden Umsätze in Urdinger Waggon statt, die entgegen der allgemeinen Tendenz ihren Kurs um 1,5 verbessern konnten.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich, 23. Nov.** (Tel.) Berlin 123,81; Wien 73,07½; Prag 15,36½; Holland 209,40 Newyork 5,185; London 25,285; Paris 20,385; Italien 28,22; Brüssel 72,365; Kopenhagen 139; Stockholm 139,75; Oslo 137,80; Madrid 87,80.

tu **Amsterdam, 23. Nov** (Tel.) London 12,07¾; Berlin 59,13½; Paris 9,73; Schweiz 47,74; Wien 43,90; Kopenhagen 66,35; Stockholm 66,68; Oslo 65,73; Newyork 24,766; Brüssel 34,54½; Madrid 41,91; Italien 13,47.

Metallnotierungen.

tu **Berlin, 23. Nov.** (Tel.) Kupfer: November Geld 119,25; Brief 120,5; Dezember bezahlt 119,5; Geld 119,5; Brief 119,75; Januar bezahlt 119,75; Geld 119,75; Brief 120 Februar Geld 119,75; Brief 120; März Geld 119,75; Brief 119,75; April Geld 119,75; Brief 120; Mai Geld 119,75; Brief 120; Juni Geld 119,25; Brief 119,75; Juli bezahlt 119,75; Geld 119,5; Brief 119,75; August Geld 119,5; Brief 119,75; September Geld 119,5; Brief 119,75. Oktober bezahlt 119,75; Geld 119,75; Brief 120; Tendenz: schwach. Blei: November bezahlt 44; Geld 43,75; Brief 44; Dezember Geld 43,5; Brief 43,75; Januar bezahlt 43,75; Geld 43,75; Brief 44; Februar Geld 44; Brief 44,25;; März Geld 44; Brief 44,25; April Geld 44; Brief 44,5; Mai Geld 44,25; Brief 44,5; Juni Geld 44,25 Brief 44,5; Juli Geld 44,5; Brief 44,75; August Geld 44,5; Brief 44,75; September Geld 44,5; Brief 44,75; Oktober bezahlt 44,75 Geld 44,5; Brief 44,75; Tendenz: schwach. Zink: November Geld 53; Brief 54; Dezember bezahlt 53; Geld 52,75; Brief 53,25; Januar Geld 52,25; Brief 52,75; Februar Geld 52; Brief 52,75; März bezahlt 52; Geld 51,25; Brief 52; April Geld 52; Brief 52; Mai Geld 51,75; Brief 52 Juni Geld 51,5; Brief 52; Juli Geld 51,5; Brief 52; August Geld 51,5; Brief 51,75; September Geld 51,25; Brief 51,75; Oktober Geld 51,25; Brief 51,75; Tendenz: still.

tu **Hamburg, 23. Nov.** (Tel.) Silber Brief 80, Geld 79; Zink, Brief 53,25, Geld 52,75. Terminnotierungen. Kupfer: November Brief 121,25, Geld 119,75; Dezember Brief 121,75, Geld 121,25; Januar bez. 121, Brief 121,25, Geld 120,75; Februar Brief 121,5, Geld 120,75; März bez. 121—120,75, Brief 121, Geld 120,75; April Brief 121,25, Geld 120,5; Mai Brief 121,25, Geld 120,5; Juni Brief 121,25, Geld 120,5; Juli Brief 121,25, Geld 120,5; August Brief 121,25, Geld 120,5; September Brief 121,25, Geld 120,5; Oktober Brief 121,25, Geld 120,75. Tendenz: matt. Zinn: November Brief 540, Geld 530; Dezember Brief 535, Geld 530; Januar Brief 534, Geld 530; Februar Brief 531, Geld 527; März Brief 530, Geld 526; April Brief 530, Geld 525. Tendenz: fehlt.

tu **London, 23. Nov.** (Tel.) Schluß. Kupfer Standard per Kassa 58 11/16—58,75; dito per drei Monate 58 11/16—59; Elektrolytkupfer 64,25—64,75; Best Selected 63,5—64,75; Zinn Standard per Kassa 264—264,¼; dito per drei Monate 261⅝—261,75; Blei per Kassa 21 5/16; dito per drei Monate 21 11/16; Zink per Kassa 21 7/16; dito per drei Monate 26⅛; Silber per Kassa 26 11/16; dito per drei Monate 26,5; Gold —.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago	23. 11	22. 11.
Weizen Dez.	123⅛	129¾
„ März	133⅛	133⅞
„ Mai	135⅝	136½
Mais Dez.	86⅛	94¼
„ März	90¼	87⅝
„ Mai	94	91⅜

New-York	23. 11.	22. 11.
Weizen Domestic Sept.	—	—
„ Dez.	—	133

	23. 11	22. 11.
Hafer Dez.	49⅝	52¼
„ März	51	49⅝
„ Mai	52½	51½
Roggen Dez.	104⅝	106
„ März	107⅜	108
„ Mai	108½	109¼

	23. 11.	22. 11.
Weizen Bonded Okt.	—	—
„ Dez.	—	—

Locopreise.

Chicago	23.11	22.11.
Weizen		
Rot. Som.-Wint. Nr. 2	—	—
Hart. „ „ „	131½	130
Gemischter Nr. 2 „ „	—	120
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	—	129½
Mais, gelb Nr. 2	91	91
Hafer, weiß Nr. 2	52½	51½
Roggen, Nr. 2	103⅜	103⅜
Gerste, Malting	80-88	78-87

New-York	23 11.	22.11.
Weizen		
Manitoba Nr. 1 „ „	162⅞	162½
Rot Som.-Wint. Nr. 2	150½	150½
Hart. „ „ „	145½	144⅝
Mais, neu ank. Ernte	103⅜	101⅝
Roggen, Nr. 2 fob. N.Y.	118½	120
Gerste, Malting	87	97½
Mehl, Spring wheat clears	130-70	150-690

Frachten: Fracht nach England[2]) 2,3—3 2,4—3,3; „ „ Kontinent[3]) 14—15 14—15

Anmerkung: [1]) Per 196 lbs. [2]) In Sh. King und Pence per 480 lbs. [3]) In Dollarcents per 100 lbs.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg, 23. Nov.** (Tel.) Kaffee: Die heutigen Brasilofferten lauteten 6 pence bis 1 Sh. niedriger. Das Geschäft am Lokomarkt lag auch heute sehr still. — Kakao: Der Markt blieb weiter lustlos. Für Accra neue Ernte auf Abladung aus zweiter Hand kommt billigeres Angebot besonders für spätere Termine heraus. Accra good fermented neue Ernte loko 67,6 bis 67, schwimmend je nach Sicht 65,5 bis 64,6, November 63,6, Dezember 63, Bahia superior November-Dezember 67,6, Thomee superior 70 bis 71, schwimmend 79,6, Trinidad Plantation schwimmend je nach Sicht 72 bis 70,6, superior Sommer ariba loko 93 bis 98, superior Epoca ariba loko 78 bis 80, schwimmend 75 Sh. — Reis: Blue rose war etwas nachgiebiger, im übrigen blieben die Preise jedoch bei kleinem Bedarfsgeschäft unverändert. Extra fancy Blue rose 10,7 bis 10,8, auf Abladung 9,65 bis 10,10 cif je 100 Kg. unverzollt. Sonst unverändert. — Auslandszucker: Der Markt bot bei kleinem Geschäft zu kaum veränderten Preisen ein ruhiges Bild. Tschechische Kristalle Feinkorn loko 14,11¼ bis 15,0¾, Dezember 14,10½ bis 15, Januar-März 13,2¼ bis 15,3¼ je 50 Ko. — Schmalz: Tendenz stetig, Preise unverändert. — Getreide: Bei den festen Auslandsmärkten waren die Preise hier etwas höher, doch blieb das Geschäft bei stetiger Tendenz nur mäßig. Weizen 230 bis 245, Roggen 225 bis 235, Hafer 215 bis 225, Sommergerste 215 bis 250, Donaurussengerste 195 bis 205, Mais 156 bis 165, Hirse 9,75 bis 10,25, Leinsaat 18 bis 18,25, Viktoriaerbsen 500 bis 550. — Mehl: Tendenz fest. 70prozentiges Weizenauszugsmehl hiesiger Mühlen 43,25 bis 43,50, Bäckermehl hies. Mühlen 37,75 bis 38, Weizenauszugsmehl inl. Mühlen 30,5 bis 32,5, amerikanisches Weizenmehl 7 bis 8,5, 70prozentiges Roggenmehl hies. Mühlen 36 bis 36,75 bis 38,25, Roggenmehl hies. Mühlen 30,25 bis 31,25, 70prozentiges Roggenmehl inl. Mühlen 32,5 bis 33,5, Roggengrobmehl inl. Mühlen 28 bis 29. — Hülsenfrüchte: Der Markt lag weiter fest bei guten Umsätzen in allen Artikeln zu letzten Preisen. — Futtermittel: Die Umsätze haben etwas zugenommen. Die Preise blieben jedoch bei freundlicher Tendenz unverändert. — Öle und Fette: Leinöl lag wesentlich fester im Preise, jedoch ebenso wie die übrigen Märkte, sonst unverändert. — Chemikalien: Gute Nachfrage herrschte nach Kupfervitriol zu unveränderten Preisen. Sonst lag der Markt ruhig. — Paraffin und Wachs: Tendenz ruhig.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen, 23. Nov.** (Tel.) Terminschlußnotierungen: Dezember 20,97—21,02; Januar 21,02—21,08; März 21,15 bis 21,18; Mai 21,26—21,33; Juli 21,20—21,24; Oktober 20,70 bis 20,75. Tendenz: abgeschwächt.

tu **Liverpool, 23. Nov.** (Tel.) Schlußnotierungen. Dezember 10,55; Januar 10,58; März 10,56; Mai 10,55; Juli 10,47; Oktober 10,50. Tendenz: stetig. 5000 Umsätze.

tu **Newyork, 23. Nov.** (Tel.) Eröffnung. Dezember 19,40 bis 19,45; Januar 19,46—19,48; März 19,70—19,73; Mai 19,85 bis 19,90; Juli 19,75—19,78; Oktober 19,24—19,25. Tendenz: abgeschwächt.

tu **Newyork, 23. Nov.** (Tel.) Zweites. Dezember 19,52; Januar 19,60; März 19,81; Mai 19,96; Juli 19,87; Oktober 19,40; Tendenz: stetig. (45 000 Ballen Zufuhr).

tu **Newyork, 23. Nov.** (Tel.) Schluß. Dezember 19,48—50; Januar 19,56—57; März 19,77—80; Mai 19,94—97; Juli 19,86 bis 19,88; Oktober 19,35—38. Loko: 19,90. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans, 23. Nov.** (Tel.) Eröffnung. Dezember 19,54; Januar 19,67; März 19,96; Mai 20,02; Juli —; Oktober 19,20. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans, 23. Nov.** (Tel.) Zweites. Dezember 19,66, Januar 19,80; März 20,20; Mai 20,08; Juli 19,95; Oktober 19,20. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans, 23. Nov.** (Tel.) Schluß. Dezember 19,64 bis 19,65 Januar 19,78—80 März 19,98—20,00; Mai 20,07—11; Juli 19,93; Oktober 19,22—23. Loko: 19,64. Tendenz: stetig.

Viehmärkte.

tu **Berlin, 23. Nov.** (Tel.) Auftrieb: Rinder 1386, darunter Ochsen 264, Bullen 387, Kühe und Färsen 735; Kälber 2400; Schafe 2800; Schweine 14 455; zum Schlachthof direkt seit letztem Markte 2082; Auslandsschweine 1405. Verlauf: bei Rindern ziemlich glatt; bei Kälbern ziemlich glatt; bei Schafen ruhig, gute junge Schafe gesucht; bei Schweinen ruhig. Preise: Ochsen a1) 61—62; a2) —; b1) 55—58; b2) —; c) 50—53; d) 40—46; Bullen a) 60—61; b) 56—57; c) 51—53; d) 48—49; Kühe a) 48—50; b) 38—43; c) 26—33; d) 22—24; Färsen a) 56—58; b) 51—54; c) 44—48; Fresser 40—50; Kälber a) —; b) 82—83; c) 68—82; d) 47—62; Schafe a1) —; a2) 63—67; b) 45—46; c) 33—43; d) 30—36; Schweine a) —; b) 65—66; c) 61—565; d) 58—61; e) 53—56; f) —; Sauen 54—80.

Handelsnachrichten.

Rheinmetall Düsseldorf. Wie der W. H. D. erfährt, haben sich die abschließenden Arbeiten bei der Gesellschaft verzögert, so daß die auf heute, den 21. November festgesetzte Aufs.-Rats-Sitzung auf einen bisher noch nicht endgültig feststehenden Termin verschoben werden mußte.

Lothringische Eisen- und Hüttenwerke vorm. Röchlingsche Carlshütte, Diedenhofen. Die Gesellschaft schlägt vor, aus einem Reingewinn von 13 195 724 Frs. für 1926/27 (5 886 563 Frs.) 20 Prozent (12 Proz.) Dividende zu verteilen und 576 474 Frs. auf neue Rechnung vorzutragen.

Leipziger Wollkämmerei A.-G., Leipzig. In der A.-R.-Sitzung ist beschlossen worden, der am Montag, den 19. Dezember 1927 einzuberufenden ordentlichen Hauptversammlung nach reichlichen Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent auf die Stammaktien für 1926/27 in Vorschlag zu bringen (im Vorj. wurden 5 Prozent Dividende auf die Stammaktien verteilt).

Eisengießerei und Schloßfabrik A.-G., Velbert. — Verlustabschluß. Wie der B. B. C. berichtet, wird das Unternehmen, das am 30. 6. 1927 abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Verlust abschließen. Eine Dividende kommt infolgedessen nicht zur Verteilung. Es steht noch nicht fest, ob der Verlust vorgetragen oder aus der aus der Reserve gebildeten Rückstellung gedeckt wird.

Vermischtes.

* **Die Bauausstellung Berlin 1930 perfekt.** tu **Berlin, 23. Nov.** Der Vertrag zwischen der Stadt Berlin und dem die 1930 beginnende Dauer-Bauausstellung durchführenden Verein „Dauerbauausstellung e. V." ist heute zwischen den Vertretern des Magistrats und des Vereins unterzeichnet worden, nachdem über die noch offenen Fragen der Abgrenzung der Ausstellungsgebiete eine Einigung erzielt worden ist. Damit ist das Ausstellungsprojekt endgültig für Berlin gesichert.

* **Ein Hamburger Dampfer gestrandet.** tu **Hamburg, 23. Nov.** Nach einer Lloyd-Meldung aus Schanahai ist der Hamburger Dampfer „Ditmar Köl" am 20. November gestrandet und teilweise voll Wasser gelaufen. Ein Schlepper ist zur Hilfeleistung abgegangen, konnte aber das Schiff infolge des ungünstigen Wetters noch nicht erreichen.

* **Zur Verhaftung von Bleichröder.** tu **Dresden, 23. Nov.** Am Freitag vormittag wird im Amtsgericht Dresden eine nichtöffentliche Sitzung stattfinden, in der über die etwaige Haftentlassung des Barons von Bleichröder entschieden werden soll. Aus den beschlagnahmten Handakten des Rechtsanwalts Dr. Roßner hat sich kein Beweis dafür gefunden, daß Dr. Roßner den Aufenthalt der Frau Herrschel, geborene von Bleichröder, kennt.

* **Leichter Unfall eines D-Zuges.** tu **Halle a. d. S., 23. Nov. Heute mittag entgleiste auf der Strecke zwischen Blankenheim und** Sangershausen ein Wagen des D-Zuges D 28. Personen wurden nicht verletzt. Der Verkehr erlitt eine mehrstündige Unterbrechung.

* **Die Strafanträge im Norma-Prozeß.** tu **Stuttgart, 23. Nov.** Im Norma-Prozeß beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Hahn wegen Aktenbeseitigung, Diebstahls und Urkundenfälschung ein Jahr acht Monate Gefängnis, gegen Kohl wegen gewerbsmäßiger Hehlerei in Tateinheit mit einem Vergehen zur Verleitung des unlauteren Wettbewerbs drei Jahre sechs Monate Zuchthaus, wegen eines Vergehens gegen das Gesetz des unlauteren Wettbewerbs die höchst zulässige Strafe von einem Jahr Gefängnis, zusammengefaßt in drei Jahre zehn Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

* **Die Werkspionage bei den Normawerken.** w **Cannstadt, 23. Nov.** Das große Schöffengericht verurteilte heute den Lichtpauser Hahn von den Normawerken zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis und den Ingenieur Kohl, der früher bei den Normawerken angestellt war, zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus. Hahn hatte auf Veranlassung Kohls den Normawerken wertvolle Lichtpausen und wichtige Betriebsgeheimnisse entwendet, die dieser an auswärtige Firmen verkaufte. In dieser Angelegenheit sind auch die Berliner Riebe-Werke verwickelt.

* **Selbstmord des Innsbrucker Theaterdirektors.** tu **Innsbruck, 23. Nov.** Der neue Direktor des Innsbrucker Stadttheaters, Wolfram Wehner, Sohn eines Leipziger Bankiers, hat heute nacht Selbstmord durch Gasvergiftung verübt.

* **Die Ursache des Straßenbahnunglücks in Kassel.**

* **Kassel, 23. Nov.** Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, wurde das gemeldete Straßenbahnunglück dadurch verursacht, daß der infolge des Witterungsumschlages eingetretene Regen die Schienen der abschüssigen Bergstrecke so vereiste, daß der vom Herkules herunterkommende Wagen bei vorschriftsmäßigem Arbeiten der Bremsen mit feststehenden Rädern einfach wie ein Schlitten die steile Strecke hinab rutschte. Der Führer konnte ihn infolgedessen vor der Weiche bei Neuholland nicht zum Steh

Elisabeth Perdun
Johannes Riemann
Verlobte

Haus-Bylnk in Davensberg — **Münster** Uppenberg

den 24. November 1927

*n

Wilhelm Wöstmann
Aenne Wöstmann
geb. Thomes
Vermählte

Münster i. W., 24. Novemher 1927
Weselerstraße 40

*n

Bei uns ist heute der
Stammhalter
angekommen und heißt
Hilarius der = Heitere

Leofine Simons – Geuer
Münster, den 22. 11. 27, Engelstraße 8

*r

Statt Karten

Ihre **Vermählung** gestatten sich anzuzeigen
Dr. jur. Paul Bosse
Hildegard Bosse
geb. Heinrich

Chemnitz i. Sa.
z. Zt. Münster i. W., 24. Nov. 1927

*n

---

†
Das Jahres-Seelenamt
für meinen lieben Mann, unsern guten Vater, den
Apotheker Oswald Pruys
findet am Samstag, den 26 November, morgens 1/2 9 Uhr in der St. Mauritz-Pfarrkirche statt. Freunde und Bekannte laden wir herzlichst ein.

---

†
Nach Gottes hl. Willen verschied heute im Franziskushospital nach kurzer Krankheit unsere liebe Tochter
Elisabeth
im 22. Lebensjahre, versehen mit den hl. Sterbesakramenten.
Wir bitten um Teilnahme und um ein Gebet.
Münster, d. 23. Nov. 1927.
Die trauernden Angehörigen:
Familie Josef Schürmann

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 26. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Fürstenbergstraße 7a aus; am gleichen Tage 9 Uhr das Seelenamt in der St. Martini-Pfarrkirche.

*g

Orient-Teppiche
ausgesucht schöne Stücke
in größter Auswahl
überraschend billige Preise finden Sie bei
Rack & Korte
Ludgeristraße
Auto- und Reisedecken s9889

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener
Ortsgruppe Münster
†
Der Vater unseres Mitgl. **Herr Hermann Kellermann** ist gestorben. Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Nov., nachm. 3 1/2 Uhr v. Sterbeh. Ludgeristr. 42 aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand. *a

Theater der Stadt Münster
Wochenspielplan vom 24. Nov. bis 26. Nov.

Tag	Uhr	Vorstellung	Pr.	Miete
Do	19.45	Der dunkle Punkt (Lustspiel)	3	10
Fr		Geschlossen		
Sa	19.45	Olly Polly (Operette)	4	

Schauburg
Münster i. W.
Am Servatiiplatz
Nur noch heute!
Das Filmereignis der Woche
Die Liebe einer Kaiserin
(Der Schicksalsweg)
Ein Großfilm von Freiheit und Liebe aus der Zeit Katharinas der Großen.
Buster Keaton
der **als Transportführer** mit seinem todtraurigen Gesicht **jeden Besucher unbedingt zum Lachen zwingt**
Und der übrige Spielplan

Pelze
aller Art
Reichhaltiges fertiges Lager
Auswahlsendungen franko gegen franko — ohne Kaufzwang —
Kataloge gratis! Zahlungserleichterung!
Neubezüge, Modernisierung, auch nicht von mir gekaufter Pelze, schnell und billig
M. BODEN · BRESLAU 160
Filiale: **München, Theatiner Straße 50**
Deutschlands größtes Pelzwaren-Versandhaus

Unterverein Münster
von 1882 e. V.

Unser langjähriges Mitglied
Herr H. Farwick
ist verstorben. Wir werden dem lieben Verstorbenen ein bleibendes Gedenken bewahren.
Die Beerdigung ist am Freitag, d. 25. Nov., 3 1/2 Uhr vom Trauerhause Industriestr. 1 aus. Zahlreiche Beteiligung erbeten
Der Vorstand. 19904a

---

verreist
Dr. med. Marg. Moormann
Michaelisplatz 1/2 I. *a

Kolonats-Verkauf.
Im freiw. Auftrage des Herrn **W. Achterholt** zu **Ostbevern, Schirl** Nr. 19, werde ich das ihm gehörige Kolonat von ungefähr 60 Morgen, ziemlich arrondiert, prima Boden, mit guten Wohn- und Wirtschaftsgebäuden (geräumig), unterhändig im ganzen oder geteilt verkaufen. Antritt kann sofort erfolgen. Günstige Zahlungsbedingungen. Anfragen Rückporto.
Ostbevern d. 15. November 1927 i409)
Hermann Höller,
beeid. Aukt

Fabrikgeschäft,
gut eingeführt und gut geleitet, steht fortzugshalber zum Verkauf. Große Barzahlung ist nicht erforderlich, nur Sicherheit. Offert. unt. F G 2226 an Geschäft. *

Bäckerei
mit mod. Dampfbackofen gegen Kautionsstellung zu verpachten, od. r Teilhaber mit einigen 1000 Mk gesucht. Offert. unt. J K 36 an die Geschäftsstelle. *

Anfertigung u. Lager
von
Sofas, Chaiselongues, Matr. u. Dekorationen.
Spezialität:
Anfertigung von Klubmöbeln in feinster Ausführung 2787*
Hubert Merten,
Polsterer u. Dekorateur
Studengasse 21.
Tel 2670.

Mittag-Abendessen
v. 1 Mk. an. Kein Trinkzw.
Hansahof, Lütkegasse,
Königstr.) Telephon 1964.
19529)a

Offene Wohnungen

Gut möbl. Zimmer
zu vermieten.
An den Mühlen 25, I.

Frdl. möbl. Zimmer
z. 1 Dez. zu vermieten.
Lerchenstr. 9, II. *8231

Frdl. möbl. Zimmer
mit voller Pension sofort zu vermieten. *
Näh. Buddenstr. 34.

1 oder 2 möbl. Zimmer
an einzelne oder auch 2 Damen abzugeben. Off. unter G H 2228 an die Geschäftsstelle. *

Frdl. möbl. Zimmer
mit Morgenkaffee und Mittag z. 1. 12 zu vermieten. Daselbst Telephonbenutzung. *
Näh Frauenstr. 25.

Lagerräume
hell und trocken, 100 bezw. 30 qm groß, zu vermieten. *
Augustastraße 42.
Telephon 2364.

Gesuchte Wohnungen

Gut möbl. Zimmer
in gutem Hause zum 1. Dezember 1927 gesucht. Möglichst Nähe Bahnhof. Angeb u M O 5057 an Geschft. 1495)

Frdl. möbl. Zimmer
sucht ruhige, berufstät. Dame. Gefl. Off. unt. K L 37 an die Geschft. *

Zum 1. Dezbr. von 2 Herren 2 **möbl. Zimmer** (Wohn- u. Schlafzimmer) gesucht. Offt. mit Preisangabe unter L M 38 an Geschft. *

Ruh. Student (Examens-Sem.) sucht zum 1. 12 **frdl. möbl. Zimm.** Offert. unt. M O 39 an die Geschäftsstelle. *

Für einen unserer Beamten suchen wir eine *
Wohnung,
v. 2 Zimmern u. Küche, möglichst mit Bad.
Mühlenwerke F. Kiesekamp A. G., Münster i. W.

Umzüge
per Bahn und Auto nachgewiesen, billigst und fulant, sowie
Wohn-Tausche
erledigen prompt und kostenlos. 19727)a
Esche & Henkel
Telephon 4790.
Ludgeristr. 5.

Teppiche
Läufer, Diwan- und Tischdecken nur Qualitätsware (Perser Muster) Rheinisches solides Teppichhaus ermöglicht Anschaffung **ohne Anzahlung u. ohne Accepte** zahlbar mit Frist von vielen Monaten ganz nach Wunsch des Käufers. **2—5 Mk. pro Woche**
Fachmännische Beratung.
Erbitten Sie unverbindlich Vertreterbesuch. 19363)a
Diskrete Abwicklung.
Anfragen erbeten u **Z A 5827** an die Geschäftsstelle

Original Paderborner Brot
sowie
Echt Westfäl. **Pumpernickel**
liefert täglich frisch in bester Qualität billigst nach allen Stationen die
Paderborner Brotfabr.
Fr. Ostermann
Paderborn,
Telephon 2419.
Verlangen Sie umgehende Offerte! 19338)a

Spottbillig!
Erstklass. Schlafdecken
aus Wolle u. Kamelhaar dto 15342)
Pferdewolldecken und Pferderegendecken
werden zu Fabrikpreis verkauft **Burgstr. 25.**

Heirat!
Suche für Bekannte ohne deren Wissen kath. Eheanbahnung. Gebild. Mädchen aus erster Familie, 30 Jahre, tadellose Vergangenheit, sehr tüchtig und fleißig, kompl. Möbel- und Wäscheaussteuer mit ca. 6000 Mk. Barvermögen, Beamter bevorz. Witw mit einem Kinde nicht ausgeschlossen. Ernstgemeinte Bildofferten erbeten unter C C 5067 an die Geschäftsstelle. *

Verloren & Gefunden

Angestellten-Versicherungs-Karte
am Sonntag **verloren.** Abzugeben gegen Erstattung der Unkosten bei **Grete Bergmann,** Gallitzinstraße 52.

Geld-Lotterie
zu Gunsten der
Marienburg
Ziehung 10. Dez.
4866 Gewinne und 1 Prämie von Mk.
130000
75000
50000
25000
10000
usw.
Hauptgewinne:
Lose zu 3,00 M. (Porto u. Liste 35 Pfg. extra) empf. u. vers. unt. Nachn. od. Voreinsendung auf Postscheck Kt. Dortmund 22606 **Lotteriebank E. Bendel G. m. b. H., Münster i. W.**
nur Salzstraße 57
(im Hause Weinhdlg. C. Niemer). *8137a
Durchgehend geöffnet.

Getreide- und Düngemittelgeschäft
sofort od. später unter günstigen Bedingungen zu verpachten od. zu verkaufen. Es kommen nur kapitalkräftige und fachkundige Bewerber in Frage. 19387)
Offerten erbeten unt. G H 5052 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Die Wirkung Ihrer Bilder
wird erhöht, wenn Sie dieselben in ein Album kleben. Neue Muster sind in großer Auswahl eingetroffen.
Gustav Heinkele,
Rothenburg 48. 15083)a

Fabrik
eines bekannten und durch lokale Zeitungspropaganda wirksamst unterstützt werdenden
kosmetischen Präparates
sucht einen in Friseurgeschäften, Parfümerien usw. gut eingeführten
Vertreter
Hohe Provision. Bewerbungen unter **L M 2023** an **Heinr. Eisler, Ann.-Exp., Berlin SW 48** erbeten. 19907g

---

Zelte- und Deckenfabrik u. Großhandlung in technischen Ölen, Fetten u. Seife sucht für den hiesigen Bezirk einen rührigen
Vertreter
der bei der Landkundschaft, Handwerkern u. Industrie gut eingeführt ist. Off. unter **Nr. 25.3** an die Annoncen-Expedition **M. Lückertz,** Ludgeristr. 12. 19765)w

---

Englisch in 3 Monaten! Unterricht erteilt Engländerin. Angeb unt. W B 856 an die Geschäftsstelle. *8226

7000 Mark zum 1. 1. 28 vom Selbstverleiher auf 1. Hypothek auszuleihen. Offerten unter H J 35 an Geschft. *

Bettler für Christus und das Heil der Seelen
zu sein, mahnt Papst Pius XI. die Katholiken der Welt und bittet sie dadurch flehentlich, seine Missionskasse durch reichliche Spenden zu stärken, damit er die riesigen Kosten der Missionierung der Heidenvölker bestreiten kann. Laß auch Du diesen Notschrei des Hl. Vaters nicht ungehört verhallen! Opfere nach Deinem Vermögen viel oder wenig! Alle Almosen werden erbeten auf das Postscheckkonto Köln 47 860 des *g
Franziskus Xaverius Missionsverein in Aachen, deutscher Zweig des Päpstl. Werkes der Glaubensverbreitung. Kein Geld in gewöhnl. Briefe legen.

Haben Sie schon den neuesten
Sprechapparat „Finking"
gehört? Die gewaltige Erfindung, die den Ton frei im Urton ohne Phonographenton, ohne Geräuschton, ohne Tonverfärbung ausklingen läßt. **Finking, Brunswick, Elektri Grammophon, Resonaphon,** sowie die vollkommensten Schallplatten werden Ihnen unverbindlich vorgeführt im
Pianohaus F. Hülsmann
Laer Bez. Münster *8220g
Pianos nur erste Marken, neu u. gebraucht — Preisliste frei. —

Werkkunst
Ludgeristraße
Elegante, seidene Flügeldecken
Aparte Seidenkissen
Vornehme Tuchdecken für Speise- und Herrenzimmer
fertig, vorgezeichnet und angefangen
Weihnachtsgeschenke in erlesenem Geschmack
15390g

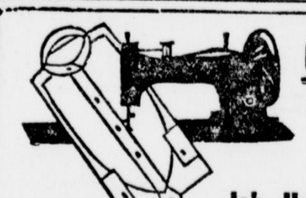
Waldflora
Die bekannten giftfreien Naturprodukte (kein Tee) sind in folgenden Nummern erhältlich:

Bei: **Gicht, Reißen, Rheuma, Ischias, Adernverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, off. Beinen, Kopfschmerzen, Abspannung, Blutreinigung**	W. Nr. 9
Zuckerkrankheit	W. Nr. 1
Nierenleiden	W. Nr. 4
Lungenleiden, Asthma	W. Nr. 5
Gallensteinen	W. Nr. 6
Magen- und Darmleiden	W. Nr. 8
Nerven- und Herzstörungen	W. Nr. 9
Stuhl-Störungen	W. Nr. 10
Fettleibigkeit	W. Nr. 11

Kleinpackung 1.70 RM. — Kur für 4 Wochen 3.– RM.
Verkauf in Apotheken, Drogerien u. Reformhäusern. Verlangen Sie dort unsere neue populäre, wissenschaftlich abgefasste 48seitige illustrierte Broschüre **„Wunder im Menschen".**
welche Aufklärung darüber gibt, warum „Waldflora" erfolgreich ist.
Hersteller: Georg Rich. Pflug & Co., Gera-Thür.

Schützen Sie sich gegen
Erkältung
durch zeitgemäße
Unterkleidung
Ribana
Zimmerli
Osiris
Doppel-Moppel s9908

Verkauf zu Originalpreisen bei
THEODOR Cloer



Oberhemden
durch eigene Fabrikation besonders vorteilhafte Preise
Joh. Heinr. Jansen
6405x

Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Muskelreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen) Gicht!
Gern teile ich kostenlos mit, durch welches einfache Mittel mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit geholfen wurde. Ueber 2500 Dankbriefe!
Krankenschwester Margret Heber,
Frankfurt-Niederrad B 179. 19890m



Mütze oder **Schirm**
Groß Auswahl! Billige Preise!
Hans Diersen
Münster i. W.
Bahnhofstraße 10
s9004w

---

†
Das Jahres-Seelenamt
für Herrn
Geheimrat Dr. F. Cramer
findet Freitag, den 25. November, um 1/2 9 Uhr in der St. Mauritzkirche statt, wozu freundlichst eingeladen wird
*w

Nachruf!
Am 22. d. Mts., morgens in der Frühe verstarb der
Werkführer meiner Schlosserei
Herr Hermann Kellermann
Schlossermeister
Seit über 40 Jahren hat der selbe meiner Firma angehört und sich jederzeit durch Gewissenhaftigkeit und Fleiß ausgezeichnet. Aus der alten Schule des Handwerks hervorgegangen, verdiente er mit Recht den Namen „Schlosser" und war ein Meister seines Faches. Die Ehre und der Fortschritt des Geschäftes waren auch die seinige. Selbstlos und jeder äußerlichen Ehrung abhold, ist er durchs Leben gegangen.
Möge Gott der Herr, der Pflichtbewußtsein und Treue belohnt und „die Spreu vom Weizen zu unterscheiden weiß" sein ewiger Vergelter sein.
Münster i. W., d. 23. Nov. 1927.
*w
Paul Focke
i. F. Hermann Focke
Eisenwarenhandlung.

Restaurant
Kaiser Friedrich Halle
Alter Fischmarkt 8
Das bevorzugte Haus der guten Küche. 15118gä

Eine sehenswerte Auswahl echter
Orient-Teppiche
bringt jetzt nach der Herabsetzung der Einfuhrzölle
zu erheblich niedrigen Preisen
Rawe
Bezüglich Preiswürdigkeit und Riesenauswahl unübertroffen, auch in allen inländischen Teppichfabrikaten.
Besuchen Sie meine Teppich-Abteilung, in ihrer Vielseitigkeit größte am Platze.